

Vorweg die Ukraine Berichte Teile 11, 10, 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 und 1.

- nach dem Prinzip der Matrjoschka – Puppe in Puppe - (unter diesem Link):

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ukraine-Berichtre-Teil-11.pdf>

(Tipp: Falls nötig, bei TAZ-Berichten auf den Butten „gerade nicht“ klicken.)

Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Politisches-Gedicht>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

Hier nun weitere Berichte zur Ukraine als Teil 12:

.) Das syrische Regime ist nach wie vor auf russische Unterstützung angewiesen :

<https://jungle.world/artikel/2022/18/garanten-des-elends> -

Russland ist die wichtigste Stütze des Regimes von Bashar al-Assad und sichert den labilen, von Gewalttätigkeit geprägten Status quo in Syrien. Zöge Russland wegen des Ukraine-Kriegs Truppen ab, würde das den Iran stärken.

In Syrien ist immer noch alles beim Alten. Ende März meldete die UN genau 5 724 230 registrierte syrische Flüchtlinge in den Nachbarländern. Das ist zwar ein neuer Höchststand, aber seit der syrische Diktator Bashar al-Assad um das Jahr 2018 herum angeblich den Krieg gewonnen hat, sind nur noch ein paar Zehntausend dazugekommen; Flüchtlingszahl bleibt seit Jahren recht konstant. Fast niemand kehrt zurück, höchstens Syrer, die die Not aus dem wirtschaftlich kollabierten Libanon über die Grenze treibt.

Das Assad-Regime finanziert sich weiterhin durch Drogenhandel, vor allem mit Captagon, und aus der – maßgeblich von Deutschland mitfinanzierten – humanitären UN-Hilfe; Assads Unterstützer Russland und Iran haben Soldaten, aber kein Geld für ihn übrig. Größere Kampfhandlungen gibt es tatsächlich seit Jahren nicht mehr, ab und zu überfällt der »Islamische Staat« (IS) einen Konvoi mit Regierungssoldaten in der Wüste. In Dara'a, im Süden, bringen Assads Geheimdienstleute, die unter russischem Kommando stehen, derweil ehemalige Rebellen um. Im Norden kontrolliert die Türkei das Gebiet um Idlib mit seinen Islamisten, in dem über vier Millionen Menschen vor Assad Schutz suchen. Jüngst wurde dort ein türkisches Panzerfahrzeug mit einer Rakete angegriffen, vielleicht war es Assad, vielleicht die syrischen Truppen der PKK, jedenfalls war es eine Botschaft. Israel wiederum bombardiert regelmäßig Militäranlagen der Iraner und

der Hizbollah in Assads Herrschaftsgebiet, Anfang März wurden dabei auch zwei Offiziere der iranischen Revolutionsgarden getötet.

Der Konflikt in Syrien ist auf seine Art eingefroren – aber wer weiß, wie lange noch. Denn es stellt sich die große Frage, welche Rolle Russland dort in Zukunft spielen wird. Nachdem sich Meldungen über den geplanten massenhaften Einsatz syrischer Söldner auf russischer Seite in der Ukraine erwartbarerweise als reine Propaganda herausgestellt haben, bleibt offen, inwieweit Russland Militär aus Syrien abzieht, um es in der Ukraine einzusetzen. Inoffizielle Meldungen aus israelischen Armeekreisen sprechen davon, dass bereits jetzt iranische Militärberater an die Stelle russischer Truppen treten sollen. Das könnte die Situation irgendwann zum Kippen bringen und insbesondere für Israel gefährlich werden.

Nach der Intervention in Syrien ist Russland eine zentrale Rolle im Nahen Osten zugewachsen. Es ist zum Garanten des Dauerelends in Syrien geworden; zwar ist es über Assad mit den Iranern de facto verbündet, doch hat der russische Präsident Wladimir Putin sie auch in ihren Handlungsmöglichkeiten beschränkt. Den Israelis hat er zugestanden, die Iraner und die Hizbollah mit Luftangriffen zu traktieren, wie er auch mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, der auf sunnitischer Seite in den Krieg eingegriffen hat, trotz immer wieder aufflackernder Spannungen letztlich einen modus vivendi gefunden hat. Russisches und türkisches Militär fahren an der syrischen Grenze gemeinsam Patrouillen. Dem syrischen Potentaten Assad selbst gibt die latente Konkurrenz zwischen seinen Paten Iran und Russland ein bisschen Handlungsspielraum.

Ohne Russland könnte das labile Gleichgewicht, das sich in Syrien eingestellt hat, nicht weiter bestehen bleiben. Sowohl die Türkei wie Israel agieren daher vorsichtig, auch was die Ukraine betrifft. Russland hat in den vergangenen Wochen mit mehreren kritischen Äußerungen zu den israelischen Luftangriffen in Syrien zu verstehen gegeben, was für die Israelis auf dem Spiel steht. Und Erdoğan hat zwar erst den Bosphorus für russische Kriegsschiffe sperren lassen und nun auch den türkischen Luftraum für alle russischen Flugzeuge mit dem Ziel Syrien, hat diese Maßnahmen den Russen aber vermutlich vorher intern angekündigt. Nun hat aber auch Aserbaidshan mit einem Überflugverbot nachgezogen.

Assad dürfte mit Sorgen die Nachrichten aus der Ukraine verfolgen. Er kann sich ohne die Hilfe seiner Verbündeten nicht in seinem Palast halten, und jede Schwächung Russlands bedeutet, dem Iran stärker ausgeliefert zu sein. Putin hat Assad zwar schon des Öfteren öffentlich brüskiert und wie einen Untergebenen behandelt, doch Putin ist auch immer wieder nach Hause geflogen. Die Interessen Russlands innerhalb Syriens sind sehr begrenzt. Die Iraner dagegen haben sich dort längst festgesetzt. Sie sind gekommen, um zu bleiben.

.) Tote bei Waldbränden in Sibirien - Atomanlagen davon betroffen :

<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/sibirien-waldbraende-117.html> -

Wenn ich den Namen Krasnojarsk höre werde ich sehr aufmerksam. Ich gehe von flächendeckender radioaktiver Verseuchung aus. Wenn es dort brennt könnten radioaktive Stoffe frei werden. Die Atom-Standorte Majak im Ural und Krasnojarsk in Sibirien, sind nach Einschätzung von uns Atomkraftgegner*innen radioaktive Notstandsgebiete.

Dort wird radioaktives Uranhexafluorid aus Frankreich und aus dem nordrhein-westfälischen Gronau unter freiem Himmel gelagert.

3.000 Tonnen Brennelemente sollen dort auch noch lagern. Bericht von 2002. (aaa, August 2002, Nr. 132-133, Seite 66-67)

EnBW wollte dort 2013 Atommüll entsorgen. Die damalige Opposition im Bundestag fordert angesichts dieser neuen Entwicklungen nun endgültig Konsequenzen für die deutsche Atompolitik: "Billig vor sicher, nur darum geht es hier. Der Vorstoß beweist, dass die Gefahr unverantwortlicher Billigentsorgungen im Ausland real ist", warnt die frühere Sylvia Kotting-Uhl, Atompolitische Sprecherin der Grünen." Die EnBW bestätigt unsere Forderung: Atommüllexporte müssen verboten werden!

Unten auch ein Artikel zur einem Camp und Protest von 2002 in Krasnojarsk. Daran haben auch Atomkraftgegner*innen aus den USA teilgenommen.

Eine Zusammenstellung

Russland

Tote bei Waldbränden in Sibirien

Wegen heftiger Waldbrände hat die Region Krasnojarsk im Osten Russlands den Notstand ausgerufen. Große Gebiete stehen in Flammen, viele Wohnhäuser sind zerstört. Mindestens zehn Menschen sollen ums Leben gekommen sein. In der sibirischen Region Krasnojarsk im Osten Russlands sind bei großen Waldbränden nach Angaben der Feuerwehr mindestens zehn Menschen ums Leben gekommen. Die Brände hätten inzwischen mehrere Ortschaften in zwölf Landkreisen der Region erfasst, teilte die Nachrichtenagentur Interfax unter Berufung auf den regionalen Katastrophenschutz mit.

Starke Windböen erschweren Löscharbeiten. Wegen der heftigen Waldbrände hat die Region Krasnojarsk den Notstand ausgerufen. Die Löscharbeiten werden durch den starken Wind erschwert. Das Feuer sei teilweise durch auf Hochspannungsleitungen umkippende Bäume ausgelöst worden, die einen Kurzschluss verursacht hätten, teilten die Behörden mit. Die Regionalverwaltung hat Notunterkünfte für die Bewohner der betroffenen Gebiete eingerichtet.

Geheime Stadt Schelesnogorsk (russisch Железногорск; bis 1994 Krasnojarsk-26) ist eine geschlossene Stadt mit 84.795 Einwohnern (Stand 14. Oktober 2010) in Russland. Sie liegt in der Region Krasnojarsk im Föderationskreis Sibirien, etwa 60 km nordöstlich der Regionshauptstadt Krasnojarsk unweit des Flusses Jenissei.

Geschichte der Stadt

Die Stadt entstand ab 1950, als hier vom sowjetischen Atomenergieministerium die Produktion von waffenfähigem Plutonium in der kerntechnischen Anlage Schelesnogorsk (auch „Bergbau- und Chemiekombinat“ genannt) aufgebaut wurde. Der Standort der Anlage wurde aus strategischen und technischen Gründen gewählt: Sie liegt von den Landesgrenzen weit entfernt. Für das Kühlwasser konnte der Fluss Jenissei genutzt werden.

1954 wurde dem Ort der Stadtstatus verliehen. Der Ortsname Schelesnogorsk besteht seit dem gleichen Jahr und bedeutet so viel wie „Stadt der eisernen Berge“. Aufgrund des geheimen Status der Atomindustrie trug die Stadt zur Sowjetzeit offiziell nur den Tarnnamen Krasnojarsk-26 und war auf keiner Landkarte verzeichnet. Auch bis heute ist Schelesnogorsk eine geschlossene Stadt, somit ist das Betreten für Ortsfremde nur mit Sondergenehmigung möglich.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Schelesnogorsk_\(Krasnojarsk\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Schelesnogorsk_(Krasnojarsk))

Geheime Atomanlagen in Schelesnogorsk

Die Atomanlagen wurden unter die Erde und oder Berg gebaut. Die Kühlung der Atomanlagen wurde auf ungewöhnliche Weise gelöst. Der Fluss Jenissei wurde durch die Atomanlagen geschleust. Der Tarnname des Atomstandorts laute in der Sowjetunion. „Bergbau- und Chemiekombinat – Krasnojarsk-26“. Was es dort alles gab und gibt kann nachgelesen werden unter:

https://de.wikipedia.org/wiki/Kerntechnische_Anlage_Schelesnogorsk

Protest

Krasnojarsk: Sibirjaken kämpfen gegen Atommüll in Sibirien von Svennie der Reifenwechsler - 08.07.2002 15:52 Uhr

Quelle vermutlich Indymedia, dort schrieb sie auch andere Artikel

Die Regionalpolitiker in Krasnojarsk fühlen sich gestört. Mitten im verschlafenen Sibirien setzen sich immer mehr Menschen gegen die Einfuhr radioaktiver Materialien nach Russland ein. Gerade vor den Wahlen für den freigewordenen Posten des im April verunglückten Alexander Lebeds, passt das Thema nicht ins politische Konzept. Am 07.07.2002 versammelten sich hunderte Menschen an der alten Lenin-Statue in Krasnojarsk, um ihrer Wut über die über ihre Köpfe hinweg getroffene Entscheidung eine Stimme zu geben. Die Veranstaltung war die Abschlusskundgebung eines von **Ecodefense** organisierten Protestcamps. Mehrere Banner wurden entrollt. Die Statue Lenins im Stadtzentrum wurde verhüllt. Übergriffe der Polizei blieben aus.

Auf den Transparenten waren Losungen wie "Sag nein zum Import von atomaren Müll" zu lesen. Die Lenin-Statue, einer der letzten in ganz Sibirien, wurde mit Stoff verhüllt. Darauf stand geschrieben "Wie hoch sind die Kosten der Menschen für Atommüll?" Die Banner wurden von den Bergsteigern Dr. Sergei Avdeev aus Chelyabinsk und Oleg Podosyonov aus Ekaterinburg aufgehängt.

Die Aktion dauerte ganze 45 Minuten und wurde entgegen aller Erwartungen nicht von den anwesenden Polizeikräften gestört oder unterbunden. Für die Aktivisten von Gruppen wie Ecodefense ist dies ein großer Erfolg. Die Nachricht hat viele Menschen erreicht. Festnahmen und Übergriffe blieben aus. Das ist nicht immer so. Die Aktion war die Abschlussveranstaltung des in der Vorwoche durchgeführten Protestcamps an einer Zufahrtsstraße nach Zheleznogorsk, der ehemaligen geheimen Militärindustriestadt Krasnoyarsk-26. **Menschen aus über 10 verschiedenen russischen Städten und den USA waren hierzu angereist.**

Jedoch ging es bei den Protesten am Wochenende nicht nur um die Einfuhr von Atommüll nach Russland. Gleichzeitig wurden Forderungen laut, ranghohe regionale Politiker abzusetzen.

Alexander Uss, der auf den freigewordenen Posten Alexander Lebed* aus ist, versucht gerade jetzt vor den Wahlen im September 2002 das Thema Atom kleinzureden. Die radioaktiven Müllimporte stehen für große finanzielle Vorteile der Region und in erster Linie der dort ansässigen Industrie. Alexander Uss fürchtet jedoch die erheblichen Einbußen an Wählerstimmen bei einer übermäßigen Thematisierung der Importe.

Am Freitag, den 5. Juni weigerte er sich grundsätzlich, detaillierte Aussagen zum Thema gegenüber anwesenden Journalisten zu machen, die ihn in seinem Büro aufsuchten. Einer seiner Sekretäre erzählte vertraulich, dass sich Alexander Uss an den Transparenten gestört hätte, die ihm eine ganze dreiviertel Stunde den Blick vom Verwaltungsgebäude auf den zentralen Platz der Stadt versperrte.

Auch die anderen Anwerber auf den Posten des verunglückten Lebed* geben sich im Vorfeld der Wahlen, hinsichtlich der Atommüll-Debatte wortkarg und zurückhaltend. Dazu zählt zum Beispiel Anatomy Bykov, der erst kürzlich wegen ihm zur Last gelegten Wirtschaftsverbrechen aus dem Gefängnis entlassen wurde.

***Alexander Lebed**, russischer Generalmajor, war in Transnistrien der Kommandant der 14. russischen Armee, die nicht abzog. Er verteidigte später das Weiße Haus in Moskau. Handelte einen Waffenstillstand im ersten Krieg von Tschetschenien 1994 - 1996 für die russische Regierung aus. Putin verurteilte später diesen

Waffenstillstandsvertrag und fing einen neuen brutalen mit entsetzlichen Gräueltaten den Krieg von 1999 bis 2009 in Tschetschenien an. Nachdem in Moskau auf vier Wohnhäuser Sprengstoffanschläge verübt wurden. Kurze Zeit später begann der Krieg. Der wie in Afghanistan 1979-1989 natürlich "kein" Krieg war. Es gibt Gerüchte, dass der russische Inlandgeheimdienst das selber gemacht hat. Beweise keine. Der Krieg in Tschetschenien kostete rund 160.000 Menschen das Leben. Der Hubschrauber von Alexander Lebed stürzte im April 2002 ab. Es gab damals in der Presse Gerüchte, dass da jemand was gedreht hat. Beweise gibt es nicht.

<https://osteuropa.lpb-bw.de/transnistrien-konflikt>

https://de.wikipedia.org/wiki/14._Gardearmee

https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_Iwanowitsch_Lebed

.) Kai Ehlers https://de.wikipedia.org/wiki/Kai_Ehlers/**Wer will welchen Frieden?** : <https://www.pressenza.com/de/2022/05/wer-will-welchen-frieden-frage-nach-den-zielen-im-ukrainischen-krieg/> - Frage nach den Zielen im Ukrainischen Krieg - Wer Frieden will, muss nach den Ursachen des Krieges fragen. Drei Ansätze schälen sich dafür bei der Analyse des Kriegsgeschehens in der Ukraine heraus. Der eine lautet: Wer ist in diesem Krieg Aggressor und wer der Angegriffene? Der andere: Wie könnte eine Verhandlungslösung für einen zukünftigen Status der Ukraine aussehen? Und schließlich: Was also hieße es, Brücken zu bauen? Zur Beantwortung dieser Fragen macht es keinen Sinn, im Einzelnen auf die Kriegspropaganda einzugehen, mit der wir tagtäglich überschüttet werden. Ebenso wenig macht es Sinn, sich an Spekulationen zu beteiligen, wann, unter welchen Umständen und ausgelöst durch wen der Krieg, der zurzeit auf dem Boden der Ukraine mit konventionellem Kriegsgerät ausgetragen wird, in einen atomaren Krieg übergehen **könnte**. Spekulationen dieser Art haben allein den Effekt, man ist versucht zu sagen, die Funktion, Ängste in der Bevölkerung zu schüren, um die Belieferung der Ukraine mit „schweren Waffen“ als das kleinere Übel erscheinen zu lassen. Sinnlos ist auch zu fragen, wer der „Aggressor“ ist – Russland, das in ukrainisches Staatsgebiet völkerrechtswidrig einmarschiert ist? Die Kiewer Ukraine, die den Krieg, den sie seit 2014 gegen die Gebiete Donezk und Lugansk unter Bruch des zweiten Minsker Abkommens führte, jetzt eskalierte? Die NATO, die sich in der Ukraine informell bis an die Grenzen Russlands vorarbeitete? Für jede dieser Realitäten

lassen sich Fakten und Argumente anführen, auf die der Tatbestand der Aggression – mit Unterschieden, versteht sich – anwendbar wäre. Zur Klärung des Konfliktes tragen diese Schuldzuweisungen nicht bei, sie sind eher ein Bestandteil des gegenwärtigen Informationskrieges.

Um uns dem Brückenbauen zu nähern, muss eine andere Frage in den Mittelpunkt gerückt werden als der Streit darum, wer der „Aggressor“ war, die Frage nämlich, welche Ziele die streitenden Parteien verfolgen, anders gefragt, was, wie überbrückt werden soll – und ob es überbrückt werden kann. Noch anders formuliert, sind das Fragen nach den strategischen, also den langfristigen Zielen, von denen die kriegführenden Parteien sich zurzeit leiten lassen.

Tiefer liegende Motive

Beginnen wir mit Russland, das zurzeit die Position des „Aggressors“ einnimmt. Entspricht diese Position Russlands langfristigem Interesse? Klares Nein! Russland befindet sich strategisch gesehen immer noch in der Defensive, die aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion zurückgeblieben ist. Russland hat seinen neuen Platz in der nach-sowjetischen Welt noch nicht gefunden. Russland taumelt noch in seiner Ambiguität zwischen Europa und Asien. Es hat seine Identität als dritte Macht zwischen Westen und Osten, vielleicht sogar noch genereller zu formulieren, die Identität, die über die Polarität von Westen und Osten, also USA/Europa und China hinausführt, noch nicht entwickelt. Die Verteidigung seiner Grenzen, kulturell und politisch, wird damit für Russland zu einem existenziellen Programm. Der gegenwärtige Einmarsch in die Ukraine folgt aus dieser Lage.

Betrachten wir die andere Seite, den sich gegenwärtig neu um die USA gruppierenden „Westen“. Anders als Russland, das nach dem Ende der sowjetischen Welt neue Identität aufbauen muss, stehen die USA und die um die USA versammelten westlichen Gesellschaften **vor** dem Ende ihrer Hegemonie, nicht danach – kulturell wie auch politisch. Die USA rufen, gestützt auf die angelsächsischen Traditionen des Commonwealth noch einmal alle, vornehmlich europäischen Vasallen zusammen, aber nicht nur die, um den absehbaren Niedergang ihrer Hegemonie aufzuhalten. Ihr Kerninteresse dabei ist zu verhindern, dass Russland und Europa, speziell Deutschland sich als eurasische Kraft vereinen und den USA in ihrem Kampf gegen China in den Weg stellen. Die Einbindung Europas, speziell Deutschlands in ihr hegemoniales Netz ist für die USA existenziell. Deutschland wird in diesem Strom mitgerissen, und sei es um die Kosten eines auch über die Ukraine hinausgehenden Krieges in Europa. Nicht von ungefähr versammeln

die USA die Offensivkräfte für die Unterstützung des Ukrainekrieges gegen Russland im deutschen Luftwaffenstützpunkt Ramstein.

Und schließlich die Ukraine: Sie ist seit Urgedenken Durchzugsraum der Völker zwischen Osten und Westen und Norden und Süden und Objekt der immer wieder neuen, aber nur vorübergehenden Unterordnung unter die Botmäßigkeit fremder Mächte. Aus dieser Geschichte heraus ist sie in ihrem Wesen ein anarchisches Feld ethnischer und kultureller Vielfalt. Das ist, um es deutlich und unmissverständlich zu sagen, ihr Reichtum und zugleich ihre Schwäche, ihr Reichtum, weil aus dieser Geschichte der unbändige Freiheitswille ihrer Bevölkerung hervorgeht, der sich keiner Herrschaft unterwerfen will, ihre Schwäche, weil die dort lebenden Gruppen und Völker es bisher nicht geschafft haben, eine alle verbindende dauerhafte staatliche Identität zu entwickeln. Fragwürdig ist auch, ob ihnen das in Zukunft gelingen wird – und gelingen muss, genauer, ob ihnen das in der Form des kulturell und sprachlich einheitlichen Nationalstaats gelingen muss. Ihrer Geschichte entsprechender und zukunftsweisender wäre zweifellos ein unabhängiger, neutraler Verfassungsstaat nach Art der Schweiz, in dem die Vielfalt gleichberechtigt gelebt werden kann.

.) Zum Thema „Frankreich - Warum spricht niemand über russisches Uran für französische Atomkraftwerke?“ hier eine Rückmeldung:

Hallo zusammen,

bei genauerem Hinsehen ist die Sachlage etwas anders, sorry:

Der Uran-SPOTMARKTpreis ist in die Höhe geschneit ... nicht verwunderlich als allgemeine Reaktion auf eine Krisensituation.

Die meisten AKW-Betreiber - genauer bekannt ist das für die EU durch die Veröffentlichungen der ESA - European Supply Agency der EURATOM - kaufen baer ihr Uran nicht zu Spotmarktpreisen und kurzfristig, sondern mit langfristigen erträgen über mehrere Jahre hinweg - wazr zu einem teilweise etwas höheren Preis, dafür sind sie aber sehr viel weniger von kurzfristigen, durch Spekulation bedingten Schwankungen, abhängig.

Das 'einkaufsverhalten' der EU-AKW-Betreiber ist ebenfalls von der ESA dokumentiert, siehe

An der verlinkten Grafik von CAMECO (www.cameco.com/invest/markets/uranium-price)

kann man an der Linie ganz unten (long-term uranium price) sehr deutlich sehen,

dass der LANGFFRISTIGE Preis eben NICHT die - weitgehend durch Spekulation bedingten - Schwankungen mitmacht.

aus der Wiwo:

"Weltweit steigt der Uran-Bedarf wegen neuer Atomkraftwerke. Russland droht mit einem Lieferstopp. Lohnt sich jetzt der Kauf von Uran-Aktien?"

???

Der WiWo-Artikel nennt im übrigen keine einzige Quelle für seine Behauptung, dass die Zahl der AKWs steigen würde (soner hat das vernutlich von irgendeiner pro-Atom-Propaganda website abgeschrieben ...).

Faktencheck:

Die Zahl der AKWs steigt weltweit NICHT / kaum, vergleiche dazu die World Nuclear Industry Status Reports (WNISR)(www.worldnuclearreport.org/-The-Annual-Reports-.html), kostenlos lesbar, herunterladbar),

die 'Atomiker' nennen halt gerne die neuen AKWs und 'vergessen' geflissentlich die vom Netz gegangenen ...

WNSIR Report 2021, Seite 43 und S. 48: Demnach war die Atomstromproduktion 2020 um 3,9% GESUNKEN, und 'außerhalb China's (also, wenn man China herausrechnet ...) sogar um 5,1% - auf den niedrigsten Wert seit 1995.

Damit steigt der Uranbedarf NICHT.

Die kasachische KAZATOMPROM hat ihre Produktion sint rd. 2 Jahren um 20% gekürzt, und die kanadische CAMECO hat eines ihrer großen Uranbergwerke STILLGELEGT (überlegt jetzt, es wieder in Betrieb zu nehmen).

Die IAEA / NEA gibt alle 2 Jahre "Uranium - Resources, Production, Demand" heraus, auch mit Projektionen zukünftigen Uranbedarfs.

Eine "low"-Projektion geht von einem SINKENDEN Uranberdarf aus, nur eine unrealistische (aufgrund der AKW-Zahlen) "high"-Projektion prognostiziert einen wachsenden Urnbedarf; aber wie wir alle wissen, kauft man AKWs nicht im Laden um die Ecke, sondern es braucht 6 - 10 und mehr Jahre, eines zu bauen und in Betrieb zu bringen ...

"UranAKTIEN" - wie in allen Bereichen, ist der Aktienmarkt ERHEBLICH von Spekulation geleitet - und Uran-Unternehmen wenden viel Geld und Mühe auf, um 'Investoren' zu gewinnen ... die Erfolgsrate dieser Unternehmen ist miserabel; natürlich kann man eine 'Blase' herbeireden ... und mit Glück durch Spekulation Gewinne erzielen (wenn man die Aktien rechtzeitige wieder verkauft, bevor sie crashen ...),mit der Realität hat das wenig zu tun: Günter, uranium-network.org

.) Vom Kult des Sieges zum Kult des Krieges: **Putin ist der zweite Stalin**, Der Kremlchef hat eine neue Ideologie für Russland im 21. Jahrhundert geschaffen. Sein Kampf gegen den Faschismus ist scheinheilig – wie alles, was er tut :

<https://taz.de/Vom-Kult-des-Sieges-zum-Kult-des-Krieges/!5851531/> -

Der Kremlchef lässt nur die Meinung zu, dass Russland großartig ist.

In Putins Russland ist in den vergangenen 20 Jahren ein regelrechter Kult um den 9. Mai, den „Tag des Sieges“ entstanden. Dieser Kult hat mit der realen Geschichte des Zweiten Weltkrieges nichts zu tun. Dieser Kult lässt sich wie folgt zusammenfassen: Das russische Volk ist Jesus Christus, der sich für die ganze Menschheit geopfert und die Welt von den Schrecken des Nazismus befreit hat. Doch die undankbare Welt – Amerikaner, Briten, Polen, Esten, Ukrainer und andere – erkennt dieses Opfer nicht an und will sich dem russischen Volk nicht beugen. Deshalb müssen alle bestraft werden.

Diese zentrale Position des Kultes ist der Haltung der orthodoxen Kirche gegenüber den Juden entlehnt. Christus hat sich geopfert und die Sünden der Menschheit auf sich genommen, aber die Juden haben das nicht anerkannt. Deshalb müssen sie sterben. Dieser Kult ist nicht der Vergangenheit, sondern der Gegenwart zugewandt. Er ist eine Rechtfertigung für die schrecklichsten Handlungen gegenüber einer Welt, die dieses Opfer des russischen Soldaten weder anerkennt, noch zu schätzen weiß. Das ist der Kult eines neuen russischen Totalitarismus, dessen Ideologie sehr einfach ist. Die Russen sind die beste, aufopferungsvollste, menschlichste Nation. Diejenigen, die das nicht sehen wollen, sind [Nazisten](#). Und diese Nazisten müssen gnadenlos und vollständig ausgerottet werden.

Stalin hat seinerzeit in der Ukraine gegen Nazisten und Bandera-Leute gekämpft und Putin tut das heute wieder. Putin ist der zweite Stalin. Es ist unmöglich, diesen Kult zu bekämpfen, ohne radikal die wichtigsten Propaganda-Klischees zu überdenken, die sich im Westen noch aus der Zeit des Krieges hartnäckig erhalten haben. Damals war „Onkel Joe“ noch ein Verbündeter der USA und Großbritanniens.

.) **Fotoreihe 08.05.2022**, Demo und Kundgebungen zum Kriegsende vor 77 Jahren in Hamburg : <https://asb.nadir.org/fotoarchiv/neu/20220508/album/index.html>

.) Zum Tag der Befreiung: Das Klammern an den Sieg, Mit dem Gedenken an den Tag der Befreiung 1945 kapert der Kreml die Erinnerung und instrumentalisiert sie 77 Jahre nach Kriegsende : <https://taz.de/Zum-Tag-der-Befreiung/!5850907/> -

Der Kreml hat die diesjährige Feier zum Tag der Befreiung noch pompöser angelegt. Moskau ist dieser Tage in ein tiefes Rot getaucht. Riesige Flaggen, die über zwei Etagen reichen, hängen an den Hochhäusern zentraler Straßen. An den Brücken flattern Banner im Wind, „Pobeda“ ist in Weiß auf Rot darauf gedruckt. Sieg. Es ist ein Wort und ein Wert, woran sich das Land, die Führung wie das Volk, klammern. Russland sei eine Siegesnation, brüllen die Propagandist*innen. Der Sieg sei heilig, sagt der Präsident Wladimir Putin seit Jahren. Sein Land werde immer nur Siege einfahren. So manche Kritiker*innen im Land wünschen sich in der Ukraine derweil eine russische Niederlage, um Russlands Kult des Sieges durch den Kult der Gewalt zu durchbrechen.

In der Stadt Moskau herrscht Nervosität. Gerüchte von einer Generalmobilmachung machen sich breit, auch Gerüchte, dass der Kreml womöglich ukrainische Kriegsgefangene über den Roten Platz werde treiben lassen. Das verstieße zwar gegen die Genfer Konventionen, präzedenzlos wäre allerdings auch dieser Gräuel nicht. Bereits 2014 hatten die von Moskau unterstützten „Separatistenführer“ im besetzten Donezk 50 ukrainische Kriegsgefangene vorgeführt. Kommentator*innen, kremllloyale wie kremllkritische, fragen sich derweil, was ihr Präsident am kommenden Montag verkünden wird. Den Sieg? Doch welchen? Die Einnahme der durch die russische Armee völlig zerstörten Stadt Mariupol? Eine neue staatliche Ordnung im Donbass und in der Südukraine? Ultimaten an den Westen? Den Einsatz atomarer Waffen gar?

Längst geht es am 9. Mai nicht mehr um die Trauer um die 27 Millionen sowjetischen Gefallenen im „Großen Vaterländischen Krieg“, wie die Russ*innen den Zweiten Weltkrieg bezeichnen. Es geht um Pomp und Triumph. Es geht um „Wir können es wiederholen“, die Losung, die Rotarmisten einst an die Säulen des Reichstags in Berlin geschrieben hatten und die durch den Krieg in der Ukraine, den Russland euphemistisch „militärische Spezialoperation“ nennt, keine leere Drohung mehr ist. Der Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland, den das Land nicht am 8. Mai 1945 feiert, weil die bedingungslose Kapitulation in Berlin in der Nacht unterzeichnet wurde und in Moskau da bereits der 9. Mai angefangen hatte, er eint die Menschen in Russland – und darüber hinaus – auf eine besondere, ja eine schmerzhaft Weise. Jede Familie im Land hat ihre Vorfahren zu betrauern, als Gefallene, Kriegsversehrte,

als angebliche Verräter*innen in den Gulag Gekommene. Dieser Sieg ist ein identitätsstiftendes Moment, in dem sich jeder findet, egal, welcher politischer Überzeugung er ist. Bis in die späte Sowjetzeit hinein war der 9. Mai ein trauriger Tag. „Nie wieder“, sagten die Überlebenden zu ihren Nachfahren mit Tränen in den Augen. „Frieden“ war die Botschaft, von Kindesbeinen an. Nun singen die Kleinen in den Kindergärten quer durchs Land Kriegslieder und lassen sich in Z-Formationen aufstellen, um der Kriegslüsterheit des Staates in entwürdigender Weise zu huldigen. In diesem Jahr zelebriert Russland keinen Frieden, es zelebriert den Krieg, verkauft ihn allerdings prächtig leugnend als Frieden.

Es zählt die Inszenierung

Moskau hat die diesjährige Feier noch pompöser angelegt, auch wenn kein einziger ausländischer Staatsgast eingeladen wurde, weniger Menschen über den Roten Platz marschieren werden, weniger Militärtechnik über das Kopfsteinpflaster rollen wird und auch die regionalen Paraden bescheidener ausfallen. Es zählt die Inszenierung, es zählt das offizielle Narrativ vom stetigen Kampf der Russ*innen gegen fremde Mächte von außen, die ihr Land über Jahrhunderte hinweg zu knechten versucht hätten.

Der Kreml kapert und kontrolliert die Erinnerung, er macht mit dem vereinfachten, plakativen Wissen über den Zweiten Weltkrieg Politik. Putin hat Geschichte zur treibenden Kraft seines Handelns gemacht und legitimiert dieses damit. „1941–2022“ steht derzeit auf manchen Plakaten, so als befände sich Russland immer noch im Krieg, als hätte der Kampf gegen das absolute Böse, den Faschismus, nie aufgehört. Indem Moskau alle Ukrainer*innen, die die offizielle russische Politik in Frage stellen, zu „Nazis“ erklärt, missbraucht es das Gedenken an den Sieg 1945 als Rechtfertigung seines Krieges in der Ukraine und pflegt mit seiner neuen Swastika, dem Z, eine Ideologie der Zerstörung.

.) Das neue, alte Symbol, Wie Russland den 77. Jahrestag des Sieges über den Hitler-Faschismus feiert / Missbrauchtes Gedenken, Wolfgang Hübner über Putins historischen Zynismus: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163609.moskaus-siegesfeier-das-neue-alte-symbol.html> - In Sewastopol auf der Krim, die 2014 von Russland annektiert wurde, marschierten bereits am 5. Mai Soldaten der russischen Nationalgarde durch die Stadt, vorbei an einem Gebäude, auf dem der Buchstabe Z zu sehen ist, der im Ukraine-Krieg zum Symbol des russischen Militärs geworden ist.

.) Debatte im Ort Neuengamme bei Hamburg: Gemeinsames Gedenken unerwünscht,,Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme lud russische und belarussische Offizielle aus. Die ukrainische Konsulin kam trotzdem nicht :

<https://taz.de/Debatte-in-Neuengamme/!5850553/> -

Sollen Bürger verfeindeter Staaten gemeinsam erinnern? Und wenn, was ist dann zumutbar und was nicht? Diese Debatte entbrannte jetzt um die **KZ-Gedenkstätte Neuengamme** bei Hamburg, wo Menschen aus der einstigen Sowjetunion die größte Opfergruppe ausmachten – wie in vielen anderen KZ auch. Entsprechend hoch dekoriert sind seit 77 Jahren die Gedenkfeiern, in Hamburg begangen am 3. Mai, dem Jahrestag der dortigen Kapitulation.

Dass dieses Ritual im Jahr 2022 angesichts des [Kriegs in der Ukraine](#) besonderer Umsicht bedürfe, war der Stiftung Hamburger Gedenkstätten klar. Man könne es den internationalen Gästen „nicht zumuten, dass sie und wir in diesem Jahr gemeinsam mit offiziellen RepräsentantInnen der Russischen Föderation und aus Belarus zu einem Gedenken zusammenkommen, während zeitgleich Russland mit Unterstützung von Belarus einen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt“, hieß es in einer Erklärung. Daher habe man die diplomatischen und konsularischen Vertretungen von Russland und Belarus als „unerwünscht“ ausgeladen. Stattdessen sollten „Stimmen aus der ukrainischen und russischen Zivilgesellschaft“ zu Wort kommen, so stand es zunächst im Programm. Dass man damit pazifistische Stimmen meinte, war für die Gedenkstätte klar. Doch das Hamburger Ukrainische Generalkonsulat fand die Formulierung zu unverbindlich: Es zeuge von wenig Taktgefühl und Einfühlungsvermögen, bloß anonyme ukrainische „Stimmen“ anzukündigen. Noch dazu neben einer Stimme aus der „sog. russischen Zivilgesellschaft“. Ob es sich dabei um die Gesellschaft handele, „welche in der letzten unabhängigen Befragung zu 81 Prozent Freude, Stolz und Zufriedenheit über Putins Politik gegenüber der Ukraine empfand?“. So formulierte es ein offener Brief des Konsulats an die Gedenkstätte.

Neuengamme präzierte die missverständliche Formulierung. Nun sollten „ukrainische, aber auch russische und belarussische Stimmen gegen den Krieg zu Gehör kommen“. Denn natürlich – das hatte man gleich zu Kriegsbeginn deutlich gemacht – verurteilt die Gedenkstättenstiftung den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine zutiefst und fordert die sofortige Beendigung der Kampfhandlungen.

.) 8./ 9. Mai 1945:**Pervertiertes Gedenken**, „Über den Tag der Befreiung herrschte lange Konsens. Jetzt wird der Zweite Weltkrieg zur Begründung für eine neue Menschenschlächtere herangezogen: <https://taz.de/8/-9-Mai-1945/!5850895/> -

Der 8. oder 9. Mai war nie ein einfacher Gedenktag. Für die Hinterbliebenen in den Siegerstaaten blieb es lange ein Datum der Trauer. Erst Jahrzehnte später konnten sich die Menschen auch darüber freuen, dass das Massenschlachten in Europa an diesem Tag ein Ende fand. Die Deutschen, denen dieses Datum lange als eines der Niederlage galt, erhielten erst in jüngster Zeit die Gelegenheit zur Teilnahme. Die damaligen Alliierten öffneten sich für ihre Feinde von einst, nachdem diese zu begreifen begannen, dass auch sie befreit worden sind.

Dieses Miteinander ist zerstört, niedergewalzt durch den Krieg Russlands in der Ukraine. Das Ende des Zweiten Weltkriegs ist in Moskau zur bloßen Folie verkommen, mit der **die Machthaber ihre expansiven Gelüste ummanteln** und Tausende Tote als Kampf gegen einen angeblichen Faschismus begründen. Es ist eine Pervertierung: Der übelste Massenmord der Menschheitsgeschichte wird zur Begründung für eine neue Menschenschlächtere herangezogen.

.) Als Moskau von Europa träumte :

<https://monde-diplomatique.de/artikel/!5533608> -

"Sogar George F. Kennan, der geistige Vater der Containment-Politik (zur Eindämmung des „sowjetischen Imperialismus“), befand 1997: „Die Ausweitung der Nato war der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Ära nach dem Kalten Krieg.“

Kennan prophezeite, dass sich diese Entscheidung „nachteilig auf die Entwicklung der russischen Demokratie auswirken“ werde, indem sie „die Atmosphäre des Kalten Kriegs“ wiederbelebte. In Moskau werde man die Entscheidung der Nato als „Zurückweisung durch den Westen“ verstehen und bemüht sein, Sicherheitsgarantien in Zukunft von anderer Seite zu erhalten.“

.) Das Vermächtnis einer Journalistin:

<https://taz.de/Das-Vermaechtnis-einer-Journalistin/!5851570/> -

Wer, wenn nicht wir ...,,Anna Politikowskaja geht in einem Buch von 2004 dem

Phänomen Putin nach. Fazit: Seinem inhumanen System können nur die Russen etwas entgegensetzen.

Anna Politkowskaja, Journalistin der Nowaja Gaseta, hat 2004 ein Buch geschrieben, „Putins Russland“. Es wurde sofort auf Englisch veröffentlicht und schnell in viele andere europäische Sprachen übersetzt. Darin zeichnete Politkowskaja ein umfassendes Porträt Putins. Es war eine Warnung an die Welt, aber Politkowskaja wurde nicht gehört. Zwei Jahre später, am 7. Oktober 2006, Wladimir Putins Geburtstag, wurde sie in Moskau vor ihrer Wohnung erschossen. Und heute ist all das, wovor sie gewarnt hat, genau so eingetreten – Tragödien, Blutvergießen und ein Krieg, den Putin führt. Hier einige Auszüge aus dem Buch:

Ich habe viel nachgedacht. Warum hat mich [Wladimir Putin](#) so wütend gemacht?

Warum geht er mir so gegen den Strich, dass ich sogar ein Buch geschrieben habe?

Obwohl – ich bin nicht seine Gegnerin oder politische Konkurrentin, sondern nur eine von vielen Bürger*innen, die in Russland leben. Einfach eine 45-jährige Moskauerin, die die Sowjetunion in all ihrer kommunistischen Fäulnis während der 70er und 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts miterlebt hat – und dahin möchte ich nicht wieder zurück.

Ich habe mein Manuskript am 6. Mai abgeschlossen – mit Bedacht. Morgen wird alles vorbei sein. Die Anfechtung der Wahlergebnisse – es waren eh keine Wunder zu erwarten. Die Opposition hat allem zugestimmt und den Kopf eingezogen. Und so ist morgen der Tag der Amtseinführung von Putin-2, der mit einer wahnsinnigen Anzahl von Stimmen seiner Landsleute gewählt wurde – mehr als 70 Prozent. Selbst wenn man 20 Prozent wegen Fälschungen abzieht, wird das für die Präsidentschaft in Russland immer noch satt reichen.

Es sind nur noch wenige Stunden bis zum 7. Mai 2004. Und Putin, ein typischer Oberstleutnant des sowjetischen KGB, mit dem engen und engstirnigen Weltbild eines Oberstleutnants sowie dem unscheinbaren Aussehen eben desselben – Putin, der es nicht einmal bis zum Oberst gebracht und Manieren eines sowjetischen Geheimpolizisten hat, der daran gewöhnt ist, seine eigenen Kameraden professionell auszuspionieren, und zudem auch noch rachsüchtig ist (zur Amtseinführung wurde kein einziger Oppositioneller eingeladen, keine Partei, die sogar fast im Gleichschritt mit Putin marschiert); ein Putin, so klein und ein typischer Akaki Akakiewitsch à la Tschechow – dieser Mensch wird sich wieder auf den Thron setzen. Den großen russischen Thron.

.) **Ukraine, Belarus, Tschetschenien, Russland, Jugoslawien :**

Artikel aus "Russland" von Menschen, die ins Ausland fliehen mussten und bei Novaya Gazeta Europe weiterschreiben. Die TAZ hat Artikel veröffentlicht in einer Sonderausgabe am 09.05.2022. Das wird fortgesetzt.

Besonders der Artikel zu Belarus

Schienenpartisanen in Belarus: Wenn der Krieg entgleist

<https://taz.de/Schienenpartisanen-in-Belarus/!5851556/>

und

Russland und der Ukrainekrieg: Vier Stunden bis zur Hölle

<https://taz.de/Russland-und-der-Ukrainekrieg/!5851548/>

Zu **Jugoslawien** hab ich das Zetra Projekt ausgegraben und einen Artikel vom Spiegel aus 2016. Das zeigt, dass Kriegserlebnisse bis zum Ende des Lebens unvergessen sind. "Kriege sind nicht vorüber, wenn die Waffen schweigen". Dort wurde eine Friedensdemo in **Sarajevo** mit über 300.000 Menschen beschossen, sie glaubten, sie seien sicher :

<https://taz.de/Novaya-Gazeta-Europe-in-der-taz/!t5852999/>

.) **[Stop.atommafia] Kleine Anfrage LTNRW Grüne 17/16986 "Welche Konsequenzen hat der Krieg Russlands gegen die Ukraine für die Atomwirtschaft in NRW?" :**

<https://opal.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-17106.pdf> - Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat auch Konsequenzen für die Atomwirtschaft in NRW. Am 8. März verkündete die Betreiberfirma der Urananreicherungsanlage in Gronau Urenco nach einem Bericht der Westfälischen Nachrichten, dass man als Reaktion auf den russischen Angriff die Verträge mit Russland in beide Richtungen gekündigt habe. Bislang sind über die Jahre mehr als 45.000 Tonnen abgereichertes Uranhexafluorid als Abfallstoff aus der Urananreicherung nach Russland verbracht worden, wo dessen mögliche Weiternutzung oder Entsorgung völlig ungeklärt ist.

Der Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie hat die Kleine Anfrage 6537 mit Schreiben vom 4. Mai 2022 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie dem Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales beantwortet *Mehr unter dem o.a. Link.*

.) Stopp Air Base Ramstein : <https://www.stoppramstein.de/?na=v&nk=4-3457ec1e7a&id=150> - Neue Website -

.) Atom-Förderung via EURATOM trotz Zukunftskonferenz - leider ja! :

https://www.oekonews.at/?mdoc_id=1172364 - Die 'Konferenz zur Zukunft Europas' ist zu Ende - auserwählte Vorschläge liegen nun auf dem Tisch. Das heikle Thema EURATOM wurde ausgespart. Aus Antiatom-Perspektive ist das Demokratie-Experiment also in der nuklearen Vergangenheit hängen geblieben - trotz der aktuell unübersehbaren Abhängigkeit Europas von atomaren Brennstoffen aus Russland.

.) Die Kriegstreiberei unterbrechen! : <https://www.oekumenisches-netz.de/wp-content/uploads/2022/04/Ukraine-Eskalation.pdf>

-Mit der Forderung, die Kriegstreiberei zu unterbrechen, wendet sich das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar gegen die Eskalation des Krieges in der Ukraine. Es sei illusionärer Selbstbetrug, davon auszugehen, dass trotz immer neuer Waffenlieferungen die NATO nicht zur Kriegspartei werde. Es sei abzusehen, dass dieser Krieg mit immer mehr Toten, mit zerstörten Städten und zerstörten Lebensgrundlagen erkaufte sei, die sich bis hin zu immer mehr Hungertoten in Ländern Afrikas auswirkten. Das rhetorische Befeuern des Krieges in Verbindung mit der Lieferung von immer mehr Waffen könne einer atomaren Katastrophe den Weg bereiten. Mit der ungebremsten Lieferung von Waffen potenzierten die NATO-Staaten die Fehler, die mit der ungebremsten Osterweiterung samt abgebremster Rüstungskontrolle gemacht worden seien.

.) Durch die Ukraine fließt kein russisches Gas mehr, sagt der ukrainische

Netzbetreiber. Russland rückt im Donbass vor, die Ukraine rund um Charkiw. :

<https://taz.de/-Nachrichten-zum-Ukrainekrieg-/15854138/> -

Die Buchungen für den russischen Gastransit nach Europa durch die Ukraine über die Schlüsselroute Sochraniwka sind am Mittwoch auf null gesunken. Das geht aus Daten des ukrainischen Gaspipeline-Betreibers hervor.

Die Ukraine hatte tags zuvor davor gewarnt, die Lieferungen über diese Route kriegsbedingt einzustellen. Der ukrainische Netzbetreiber GTSOU erklärte, er könne

die Nowopskow-Verdichterstation in der östlichen Luhansk-Region wegen „der Einmischung der Besatzungsmächte in technische Prozesse“ nicht mehr betreiben. Daher werde der Gasfluss ab Mittwoch über die damit verbundene Sochraniwka-Route eingestellt und stattdessen über den Sudscha-Knotenpunkt geleitet. Dort stand die Buchungsdurchleitung am Mittwoch den Daten zufolge bei knapp 72 Millionen Kubikmetern.

Dagegen erklärt der russische Erdgaskonzern Gazprom, eine derartige Umstellung sei technisch unmöglich. GTSOU zufolge fließt über Sochraniwka fast ein Drittel des Erdgases, das von Russland über die Ukraine nach Europa geleitet wird. (rtr)

Ukraine meldet Geländegewinne um Charkiw, Russland im Donbass

Die ukrainischen Streitkräfte haben Geländegewinne rund um die zweitgrößte Stadt [Charkiw](#) im Osten des Landes vermeldet. „Die Ortschaften Tscherkassy Tyschky, Rusky Tyschky, Rubischne und Bayrak wurden befreit“, erklärte der ukrainische Generalstab auf Facebook.

Während die russischen Streitkräfte dadurch die Stadt Charkiw „noch weniger“ mit Artillerieangriffen treffen könnten, habe die „Intensität der Bombardierungen im Bezirk Charkiw zugenommen“. Die russischen Truppen hinterlassen nach Angaben der ukrainischen Regionalverwaltung zudem „Todesfallen“ – [Minen](#). Die russischen Truppen rückten zuvor bis auf wenige Kilometer an die Stadt heran.

Währenddessen rückt die russische Armee etwa 150 Kilometer südöstlich im Donbass Stück für Stück vor. Das ukrainische Südkommando meldete „gnadenlose“ Angriffe der russischen Streitkräfte auf Privathäuser, landwirtschaftliche Einrichtungen und die Stromversorgung. Der stellvertretende Bürgermeister der mittlerweile fast vollständig zerstörten Hafenstadt Mariupol, Petro Andryuschtschenko, berichtete indessen, dass die letzten ukrainischen Streitkräfte im Asow-Stahlwerk weiterhin „dutzenden“ Angriffen ausgesetzt seien. (afp)

US-Repräsentantenhaus billigt Milliarden-Hilfen für Ukraine

Das US-Repräsentantenhaus hat ein neues Hilfspaket für die Ukraine in Höhe von 40 Milliarden Dollar (rund 38 Milliarden Euro) bewilligt. Damit erhält das von Russland angegriffene Land sogar sieben Milliarden Dollar mehr als von Präsident Joe Biden im April beantragt. Das Paket aus militärischer und humanitärer Hilfe fand in der Parlamentskammer breiten überparteilichen Rückhalt.

Neben militärischem und ökonomischem Beistand für die Ukraine sieht es Hilfen für Verbündete der USA in Osteuropa, eine Aufstockung der vom Pentagon an die Ukrainegelieferten Waffen sowie fünf Milliarden Dollar für die Bekämpfung

weltweiter Lebensmittelengpässe als Folge des Ukraine-Kriegs vor.

Die Vorlage geht nun an den Senat, wo eine Zustimmung ebenfalls sicher erscheint.

Selenskyj: Moskau lässt ukrainische Soldaten aus Mariupol nicht gehen

Die im Stahlwerk von [Mariupol](#) verschanzten ukrainischen Soldaten dürfen das Gelände nach dem Willen der russischen Belagerer nicht verlassen. Das russische Militär habe jeden Vorschlag zum unbehinderten Abzug der Kämpfer aus dem Werk Asowstahl abgelehnt, sagte Präsident Wolodymyr Selenskyj nach Angaben der „Ukrajinska Prawda“ vom Dienstag. „Die Verteidiger Mariupols bleiben dort, sie setzen den Widerstand auf dem Gelände von Asowstahl fort.“

Kiew bemühe weiterhin alle zur Verfügung stehenden diplomatischen Möglichkeiten, um die Rettung der Soldaten zu ermöglichen. Russland besteht auf der Kapitulation der Asowstahl-Verteidiger.

Ukrainische Soldaten zur Ausbildung bei der Bundeswehr

Am Dienstag trafen ukrainische Soldaten in Rheinland-Pfalz ein. Sie sollen an der Artillerieschule der Bundeswehr in Idar-Oberstein an der Panzerhaubitze 2000 ausgebildet werden, die als eines der modernsten Artilleriegeschütze weltweit gilt. Damit beginnt eine neue Phase der deutschen Militärhilfe. Insgesamt wollen Deutschland und die Niederlande der Ukraine zwölf dieser Haubitzen übergeben, um das Land in seinem Kampf gegen den russischen Angriffskrieg zu unterstützen.

Mehrere Opfer bei Beschuss von Saporischschja

Bei neuen russischen Angriffen in der Umgebung der südostukrainischen Stadt Saporischschja sind am Dienstagabend mindestens ein Mensch getötet und acht weitere verletzt worden. Nach Angaben der Regionalverwaltung seien vor allem Wohngebäude in Orechowo getroffen worden, berichtete die „Ukrajinska Prawda“. Wegen der Intensität des Beschusses sei vorübergehend die Zustellung humanitärer Hilfe in den Ort unterbrochen worden. Die Angaben konnten nicht unabhängig überprüft werden.

Kabinett will Durchsetzung von Sanktionen erleichtern

Sanktionen etwa gegen russische Oligarchen sollen in Deutschland mehr Biss bekommen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat das Kabinett am Dienstag in Berlin beschlossen. Die Fraktionen der Ampel-Parteien SPD, Grüne und FDP wollen die Pläne nun im Bundestag einbringen. Aktuell würden sie zwar vor allem die Umsetzung der gegen russische Akteure wegen des Angriffskriegs auf die Ukraine verhängten Strafmaßnahmen erleichtern, die Neuerungen wären aber ebenso anwendbar für alle möglichen künftigen auf EU-Ebene beschlossenen Sanktionen.

.) Frankreich: Temperaturen um 30 C können KKW-Betrieb drosseln – EDF :

<https://www.montelnews.com/de/news/1319355/temperaturen-um-30-c-knnen-kkw-betrieb-drosseln--edf> - Der französische Versorger EDF warnt vor Produktionseinschränkungen in seinen Kernkraftwerken, da eine Hitzewelle das Wasser in den Flüssen erwärmen dürfte. Ab bestimmten Temperaturen darf das Wasser nicht mehr zur Kühlung genutzt werden.

Die Hitzewelle könne die Stromerzeugung im Zeitraum vom 9. Mai bis zum 15. Mai drosseln und besonders den Kraftwerksstandort Blayais treffen, teilte das Unternehmen mit.

Am Kraftwerksstandort Blayais, rund 60 Kilometer entfernt von Bordeaux, betreibt EDF vier Reaktoren mit jeweils 910 MW.

Im Reaktor Blayais 1 (910 MW) hatte EDF am Montagnachmittag bereits aufgrund von „Umweltproblemen“ die Leistung bis Dienstagmorgen um 110 MW reduziert. Weitere Einzelheiten nannte der Versorger nicht.

Frankreich steht in dieser Woche eine Hitzeperiode bevor, in der die Temperaturen um etwa 8 Grad über den saisonüblichen Werten liegen dürften, und es herrschen bereits Dürrebedingungen, so die Meteorologen.

Laut Meteo France werden die Temperaturen am Mittwoch in Teilen Südwestfrankreichs auf bis zu 30 C ansteigen.

Schon jetzt ist die Verfügbarkeit in Frankreich wegen der Sicherheitsüberprüfungen mehrerer Reaktoren stark eingeschränkt und liegt aktuell bei 29,3 GW, was rund 48% der Gesamtkapazität entspricht.

Frankreich hat 56 Reaktoren, von denen einige Flusswasser zur Kühlung verwenden.

.) Der Westen hat die Ukraine ärmer gemacht : <https://www.youtube.com/watch?v=D9UzWEKPyXA> - Gespräch mit Heiner Flassbeck über u.a. Inflation -Stagflation oder welchen Einfluss Exportland Deutschland auf die ökonomische Entwicklung in Bulgarien und die Ukraine hat usw..

.) Steigende Inflation: Gemüse dann mal von der Tafel : <https://taz.de/Steigende-Inflation/!5850250/> -Ärmere Haushalte hadern mit den durch die Inflation steigenden Lebensmittelpreisen. Auch für Bioläden sind die Zeiten schwierig.

.) Die Stunde der Geschichtsrevisoren: Mit der Wolfsangel zur Zeitenwende :

<https://lowerclassmag.com/2022/05/10/die-stunde-der-geschichtsrevisoren-mit-der-wolfsangel-zur-zeitenwende/> - Unter der Schlagzeile „Evakuierungen aus

Mariupol – ‚Ich dachte, dass ich nicht überleben würde‘“ findet sich auf der Seite des Nachrichtenmagazins Spiegel nunmehr kein Video mehr. Lapidar steht dort: „Wir haben das Video, das sich an dieser Stelle befand, wegen nachträglich festgestellter inhaltlicher Unstimmigkeiten vorübergehend von der Seite genommen. Der SPIEGEL hatte das Videomaterial von der Nachrichtenagentur Reuters bezogen und klärt nun zunächst auch mit Reuters den betreffenden Sachverhalt. Neue Erkenntnisse werden wir dann an dieser Stelle veröffentlichen.“ Veröffentlicht wurde das Video am 2. Mai, bislang haben sich offenbar keine „neuen Erkenntnisse“ ergeben.

Was war passiert? Der Spiegel hatte eine zurechtgebastelte Version eines Videos, das eine evakuierte Überlebende aus dem Azovstal-Werk in Mariupol zeigt, veröffentlicht, in der eigentlich alles Wesentliche ihrer Aussage weggeschnitten war. In der Langfassung des Interviews ist zu sehen, dass sie behauptet, ukrainische Faschisten hätten die Zivilist:innen an der Evakuierung gehindert und sie schließt mit den Worten: „Die Ukraine als Staat – und ich bin Bürgerin der Ukraine – ist für mich gestorben.“

Ist das gelogen? Ist es wahr? Spricht sie unter Druck? Man kann es unmöglich mit Sicherheit sagen. Was man sagen kann, ist: Aus dem dreiminütigen Video einen Zusammenschnitt zu veröffentlichen, der das Gegenteil von dem impliziert, was sie sagt, ist eine Lüge. Aber warum soll man über so etwas eigentlich lügen? Würde es einer pro-ukrainischen Berichterstattung einen Zacken aus der Krone brechen, auch nur die Möglichkeit zuzugestehen, „unsere“ Nazis hätten sich daneben benommen?

.) NATO-Beitritt von Finnland und Schweden: Zustimmung mit Tempo, „Schweden und Finnland treten wohl der Nato bei. Die derzeitige Bedrohung hat die privaten und politischen Meinungen in den beiden Ländern verändert :

<https://taz.de/Finnland-und-Schweden-wollen-in-die-Nato!/5850313/> -

Die Frage des Nato-Beitritts von Finnland und Schweden ist auf der Zielgeraden. Die in dieser Woche veröffentlichten aktuellen Umfragen zeigen klare Nato-Mehrheiten in beiden Ländern.

Am Donnerstag werden sich in Finnland Staatspräsident Sauli Niinistö und

Ministerpräsidentin Sanna Marin endgültig zu ihrem Standpunkt in der Nato-Frage positionieren. Und bis zum Wochenende wollen in Helsinki und Stockholm auch die Sozialdemokraten offiziell ihre Haltung zu einer künftigen Mitgliedschaft in der westlichen Militärallianz bekannt geben. Intern scheint die Entscheidung allerdings bereits gefallen zu sein.

Mit Verteidigungsminister [Peter Hultqvist](#) legte am Dienstag in einem Rundfunkinterview auch das Mitglied im Kabinett der schwedischen Minderheitsregierung, das sich in der Vergangenheit am entschiedensten gegen eine Nato-Mitgliedschaft ausgesprochen hatte, eine 180-Grad-Wende hin. Hatte Hultqvist sich auf dem Parteitag der Sozialdemokraten im November letzten Jahres noch festgelegt, „es wird kein Nato-Mitgliedsgesuch geben, solange wir eine sozialdemokratische Regierung haben“, betonte er nun: „Ein Nato-Beitritt Finnlands und Schwedens wird sich positiv für die Sicherheitslage in ganz Nordeuropa auswirken.“

.) Was der Ukrainische Botschafter absondert:

<https://www.heise.de/tp/features/Arschloch-Leberwurst-Putin-Versteher-Die-Top-Ten-der-Andrij-Melnyk-Attacken-7081189.html?seite=all> -

"Arschloch", "Leberwurst", "Putin-Versteher":

Die Top Ten der Andrij-Melnyk-Attacken - Kaum ein Diplomat hat in Deutschland zu Kriegs- oder Friedenszeiten so polarisiert wie der ukrainische Botschafter. Immer wieder hat der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk in den vergangenen Wochen von sich reden gemacht. Grund ist nicht der Angriffskrieg der russischen Armee auf sein Land, Grund ist – Melnyk selbst. Denn der 46-jährige Diplomat sorgt immer aufs Neue mit harschen Verbalattacken auf deutsche Politiker für Furore.

Die Meinungen über Melnyks Gebaren gehen weit auseinander. Viele verteidigen den aus dem westukrainischen Lwiw stammenden Diplomaten angesichts des russischen Angriffs und der ihrer Meinung nach zu zögerlichen Haltung der Bundesregierung. Melnyks Hiebe seien "grob, aber sie treffen auch", [urteilte das Nachrichtenmagazin Focus](#).

.) Putins Krieg verschafft den USA Vorteile gegenüber Europa :

<https://www.infosperber.ch/wirtschaft/uebriges-wirtschaft/putins-krieg-verschafft->

[den-usa-vorteile-gegenueber-europa/](#) -

Namentlich direkte und indirekte Folgen der Sanktionen bringen den USA weltweit erhebliche Wettbewerbsvorteile. Ein augenfälliges Beispiel: Erdgas kostet in Europa bereits heute viermal mehr als in den USA. Bis 2021 waren die Kostenunterschiede gering (siehe Grafik. Bei der Produktion von Zement, Papier, Stahl, Glas oder auch Kunstdünger gibt es derzeit wenig Alternativen zum Erdgas. In Deutschland und in der Schweiz hatte Erdgas im Jahr 2021 einen Anteil von rund einem Viertel am gesamten Verbrauch an Endenergie. Entsprechend vermindern hohe Gaspreise die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA.

.) Strahlenschutz: Wichtiger Beitrag zur inneren Sicherheit :

<https://www.bfs.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/BfS/DE/2022/007.html> -

Gemeinsame Pressemitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und des Bundesamtes für Strahlenschutz Radioaktive Stoffe werden in unterschiedlichen Verwendungen zum allgemeinen Nutzen eingesetzt. Zum Beispiel zur Bestrahlung von Krebstumoren oder zur Werkstoffprüfung in der Industrie. Doch trotz vielfältiger Sicherheitsvorkehrungen entstehen immer wieder rechtswidrige oder gefährliche Situationen durch Diebstahl, illegalen Handel oder gezielten Missbrauch.

In solchen Fällen ist ein kompetenter staatlicher [Strahlenschutz](#) ein wesentlicher Bestandteil der Gefahrenabwehr. Darauf wiesen Stefan Tidow, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz ([BMUV](#)), und Inge Paulini, Präsidentin des Bundesamtes für [Strahlenschutz](#) (BfS), im Rahmen einer Fachveranstaltung des BfS in Berlin hin, die sich mit der Behördenzusammenarbeit in biologischen, chemischen, radiologischen und nuklearen polizeilichen Gefahrenlagen befasste.

Strahlenschutz ist wichtige Sicherheitsaufgabe

BMUV-Staatssekretär Tidow: "Strahlenschutz betrifft nicht nur die Sicherheit von Nuklearanlagen oder von Patienten bei medizinischen Anwendungen. Ein kompetenter und gut ausgestatteter Strahlenschutz ist wesentlich für die innere Sicherheit Deutschlands. Das Bundesumweltministerium nimmt diese Aufgabe sehr ernst. Mit dem Bundesamt für Strahlenschutz verfügt es über eine erfahrene und kompetente Fachbehörde, die die staatlichen Stellen der Gefahrenabwehr bei Bedarf mit einem Pool von Spezialistinnen und Spezialisten für nuklearspezifische

Gefahrenabwehr unterstützt."

Fachleute des BfS unterstützen Bundes- und Landesbehörden

BfS-Präsidentin Paulini: "Als Bundesamt für Strahlenschutz übernehmen wir mit unserer [Nuklearspezifischen Gefahrenabwehr](#) seit Langem Verantwortung für die Bewältigung radiologischer Bedrohungssituationen. In der Vergangenheit geschah das in enger Kooperation mit Bundeskriminalamt und Bundespolizei, seit Juni 2021 als Partner im [UnterstützungsverBund CBRN](#). Unsere Fachleute werden aber auch zur Unterstützung anderer Bundes- und Landesbehörden sowie im Rahmen internationaler Kooperationen tätig."

.) Ukrainische Abgeordnete Inna Sowsun: "Ich wünschte, es gebe einen Vertrag, damit dieser Wahnsinn sofort aufhört" :

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/ukrainische-abgeordnete-inna-sowsun-interview-ukraine-krieg-36852786> -

Die ukrainische Parlamentsabgeordnete Inna Sowsun war Ende April nach Deutschland gereist, wo sie um Hilfe für ihr Heimatland warb und sich mit Bundestagsabgeordneten aller Parteien traf.

Im Interview mit unserer Redaktion erzählt Sowsun, was die Parlamentarier am meisten interessierte.

Und die Oppositionspolitikerin erklärt, warum sie gegenwärtig nur eine militärische Lösung des Krieges in der Ukraine sieht und wie sich ihr Bild von Wolodymyr Selenskyj verändert hat.

EIN INTERVIEW von Marco Fieber

Unsere Redaktion erreicht Sowsun am Montagnachmittag per Videocall. Noch ehe das Bild zu sehen ist, startet der Ton. Wind bläst, Vögel zwitschern, eine Metalltür knarzt. Dann erscheint Inna Sowsun auf dem Bildschirm, sie sitzt vor einem Haus. Guten Tag, Frau Sowsun. Es sieht so aus, als säßen Sie irgendwo auf dem Land. Wo befinden Sie sich gerade?

Inna Sowsun: Ich bin am Haus meiner Eltern, etwas außerhalb von Kiew.

Um sich dort ein wenig auszuruhen?

Es wurde uns geraten, wenn möglich die Stadt am 8. und 9. Mai zu verlassen, weil ein erhöhtes Risiko von Raketenangriffen besteht. Meine Eltern wohnen nur 30 Minuten Fahrzeit von Kiew entfernt. Ich habe also die Gelegenheit genutzt, um meinen Vater zusehen – und um die Zeit nicht in einem Schutzraum oder Bunker

verbringen müssen.

Wie viele Luftalarme gibt es dieser Tage in Kiew?

Das ist wirklich merkwürdig. Da war ein Luftalarm vor vier Stunden und kein einziger in der Nacht, das ist wirklich ungewöhnlich. Ehrlich gesagt haben wir sehr intensive Attacken erwartet, so wie am Sonntag, als wir sieben Warnungen hatten. Der erste Alarm ertönte um 1:00 Uhr am frühen Morgen und der letzte um 23:00 Uhr in der Nacht.

Sowsun hält ihr Smartphone in die Kamera und scrollt durch die App, die automatisiert warnt und alle Alarme protokolliert.

Inna Sowsun

Die Abgeordnete Inna Sowsun ist während des Konflikts weitgehend in Kiew geblieben, reiste aber Ende April nach Berlin, um sich für die Unterstützung der Ukraine einzusetzen. (Archivbild aus einer Videokonferenz - 28. Februar 2022) © picture alliance / empics/Inna Sovsun

"Mittlerweile haben wir uns an die Luftalarme gewöhnt"

Tatsächlich kursierten ja zahlreiche Gerüchte, dass etwas am 9. Mai passiert.

Ja, mittlerweile haben wir uns aber an die Luftalarme gewöhnt. Die Leute gehen auch nicht mehr jedes Mal in den Luftschutzbunker, weil es ihren Alltag ständig unterbricht und das Risiko minimal zu sein scheint, zumindest in Kiew. Die Behörden haben allerdings mit Nachdruck allen Bewohnern gesagt, sich an diesen zwei Tagen (8. und 9. Mai, Anm. d. Red.) bei Alarm in die Schutzräume zu begeben. Zugleich haben viele Menschen so wie ich die Stadt verlassen. Ich helfe meinem Vater, die Schäden am Haus zu reparieren.

Sowsun kippt den Laptop so, dass der Dachstuhl zu sehen ist, in dem ein großes Loch klafft. Dort sei ein Geschoss eingeschlagen, erzählt sie. Dann zeigt Sowsun ein Fenster im Erdgeschoss, das zersplittert ist. Insgesamt seien fast ein Dutzend Scheiben am ganzen Haus kaputt.

Wie ist die Situation gerade in der Ukraine?

Die Situation im Osten der Ukraine ist sehr, sehr schlecht. Der russische Angriff erfolgt viel chaotischer als der Vormarsch auf Kiew. Die Russen sind im Osten ziemlich weit vorgedrungen und versuchen die Regionen Luhansk und Donezk vollständig zu kontrollieren. Sie feuern mit der gesamten Artillerie, die sie dort haben. Ich habe in den vergangenen Tagen mit zwei Leuten gesprochen, die von dort geflohen sind. Beide sagten mir: "Niemand kann sich vorstellen, was dort passiert."

Was heißt das?

Es sterben sehr viele Menschen. Wir sind stolz auf die Armee, wir sind stolz auf das, was sie im Norden der Ukraine erreicht hat. Aber die russischen Streitkräfte sind so stark. Alles, was sie machen, ist Menschen zu töten, um in die nächste Stadt vorzurücken. Nur wenn sie einen Ort völlig zerstört haben, und nur dann, schaffen sie es, Kontrolle über ihn zu erlangen. Aber das bedeutet natürlich, dass bis dahin Tausende sterben.

"Russland kämpft aktuell nur, um weiterzukämpfen"

Was, glauben Sie, ist Russlands Hauptziel? Geht es nur um die zwei ukrainischen Regionen Luhansk und Donezk oder um mehr?

Wladimir Putin hat bei seiner Rede am 9. Mai nichts dergleichen gesagt. Ich glaube, die russische Führung hat im Moment gar kein Ziel, was sie verkünden könnte. Aber genau das ist das Schlimmste! Wir, die Menschen in der Ukraine, verstehen nicht, was sie tut und was sie will. Wollen Sie den kompletten Donbass kontrollieren? Aber wozu braucht sie dann die Südukraine? Und warum bombardiert sie Kiew? Das ergibt überhaupt keinen Sinn. Ich glaube, Russland kämpft aktuell nur, um weiterzukämpfen. Und das ist die schlimmste Art von Kampf, weil es kein Ende gibt. Ich weiß gar nicht, ob Russland aktuell überhaupt einen Sieg verkünden könnte.

Wie könnte überhaupt ein Sieg Russland aussehen?

Das weiß ich nicht. Wir diskutieren nicht, wie ein russischer Sieg aussieht, nur unseren.

Und wie würde ein Sieg der Ukraine aussehen?

Die volle Kontrolle über unser Staatsgebiet, das ist alles, was wir wollen. Ich denke, dass das eine sehr legitime Sache ist.

Inklusive der Krim?

Ja, natürlich! Erstens ist das unser Territorium - niemand kann einfach kommen und sich unsere Gebiete einfach so aneignen. Zweitens weiß ich, dass es eine Menge Diskussionen über die Krim gibt. Immer wieder höre ich das Argument, dass dort viele Russen leben, die für den Anschluss an Russland gestimmt hätten. Allerdings wurde dieses sogenannte Referendum mit vorgehaltener Waffe durchgeführt, es konnte gar nicht den Willen des Volkes ausdrücken. Zudem ist die Krim – und das ist wichtig zu verstehen – die Heimat der Krimtataren. Die Krimtataren haben per Definition keinen anderen Ort, den sie ihr Zuhause nennen können. Seit der russischen Annexion sind sie starker Diskriminierung und Belästigung durch die Russen ausgesetzt. Eine Freundin von mir ist Krimtatarin. Sie erzählte mir erst vor kurzem, dass sich die Krimtataren auf der Krim versammelt und beschlossen hätten,

ihre eigenen Häuser niederzubrennen, falls Russland versuchen wird, sie wie unter Stalin zu deportieren.

"Ich wünschte, es gäbe eine diplomatische Lösung für diesen Krieg"

Wie könnte ein Ende dieses Krieges aussehen?

Nun, ich wünschte, es gäbe eine diplomatische Lösung für diesen Krieg, einen Vertrag, damit dieser ganze Wahnsinn sofort aufhört. Aber ich sehe nicht, dass es eine solche diplomatische Lösung geben könnte.

Warum?

Das hat mehrere Gründe. Zunächst einmal muss man seinem Verhandlungspartner vertrauen können. Es gibt wohl keine einzige Person auf der Welt, auch nicht in Russland, die wirklich glaubt, was Putin zu liefern verspricht. Wie soll man einen Deal mit Putin machen, wenn er ständig sein Wort bricht? Zudem machen seine grundsätzlichen Forderungen an die Ukraine einfach keinen Sinn. Sie sind nicht akzeptabel, wie eine "Entnazifizierung" der Ukraine. Wir haben einen jüdischen Präsidenten, wie sollen wir also dieser Forderung nachkommen? Dann "Entmilitarisierung". Entschuldigung bitte, nachdem Russland uns jetzt fast drei Monate lang bombardiert hat, will es, dass wir entmilitarisiert werden? Es gibt wirklich keinen einzigen Punkt, bei dem wir bei den aktuellen russischen Forderungen einen Kompromiss eingehen können. Und deshalb befürchte ich leider, dass das Ende dieses Krieges durch das Militär herbeigeführt werden muss. Und ich sage den schweren Herzens. Es ist garantiert keine einfache Entscheidung, aber ich sehe keine Möglichkeit, den Krieg durch Verhandlungen zu beenden.

"Wie verhandelt man mit jemandem, der eindeutig gegen grundlegende Prinzipien verstößt"

In Deutschland fordern mehrere Dutzend Intellektuelle in einem offenen Brief an Kanzler Olaf Scholz einen Lieferstopp von schweren Waffen an die Ukraine. Sie drängen zugleich auf eine diplomatische Lösung und "zu einem Kompromiss, den beide Seiten akzeptieren können".

Ich wünschte, diese Intellektuellen würden ein wenig mehr über die Menschenrechtsverletzungen im von Russland besetzten Donbass Bescheid wissen. In Donezk gibt es eine Kunsthalle, die "Isoljazija" genannt wird, Isolation. Die Russen haben diesen Raum in eine Folterkammer verwandelt. Dort wurden Menschen ohne Gerichtsbeschluss festgehalten und gefoltert. Ich frage diese Intellektuellen: Wie verhandelt man mit jemandem, der eindeutig gegen grundlegende Prinzipien verstößt, auf denen sowohl die deutsche als auch die ukrainische Gesellschaft

aufgebaut sind? Natürlich sind wir keine perfekte Demokratie und ich kann viel kritisieren. Aber Fakt ist, dass es keine Folterkammern in der Ukraine gibt – im Gegensatz zu den von Russland besetzten Gebieten. In Deutschland gibt es nach wie vor große Schuldgefühle für den Zweiten Weltkrieg. Aus irgendeinem Grund fühlen sich diese deutschen Intellektuellen aber ausschließlich schuldig für Russland. Die Nazis haben allerdings deutlich mehr Ukrainer und Belarussen als Russen getötet, ein Großteil des Krieges gegen die Sowjetunion fand auf ukrainischem und belarussischem Gebiet statt und nicht auf russischem! Dass nach wie vor vor allem das russische Leid thematisiert wird, hat vor allem mit sowjetischer Propaganda zu tun. Diese hat die Sowjetunion mit Russland gleichgesetzt, das wirkt bis heute fort. Ich war erst vor knapp zwei Wochen in Berlin. Im Bundestag habe ich mich mit mehreren Abgeordneten getroffen, wir sind zusammen durch das Gebäude gelaufen. Dort gibt es eine Wand, in die Rotarmisten ihre Namen geritzt haben. Wir sind dort stehen geblieben und ich habe den deutschen Parlamentariern gesagt: Schaut euch diese Namen an! Fast alle Soldaten hatten ukrainische Nachnamen. Es waren also auch Ukrainer, die Deutschland befreit haben.

"Ich verstehe die Angst der Deutschen"

Können Sie nach Ihrem Besuch in Deutschland, zumindest teilweise, die Befürchtungen vor einer Ausweitung des Krieges und die damit zusammenhängende zögerliche Haltung der Bundesregierung besser nachvollziehen?

Ich verstehe, dass es beängstigend ist, zu akzeptieren, dass der Krieg passiert und dass er so grausam ist. Ich verstehe die Angst der Deutschen, dass sie sich nicht einmischen wollen. Ich selbst wollte mich auch nicht einmischen, ich wollte diesen Krieg genauso wenig. Die Ukraine hat diesen Krieg nicht begonnen. Aber wenn sich niemand einmischt, dann wird sich Russland weiter nach Westen bewegen.

Irgendwann muss sich dann Deutschland zwangsläufig einmischen – allerdings erst nach viel mehr Toten und größeren Schäden. Deutschland sollte also jetzt der Ukraine helfen. Manchmal muss mehr in der Geschichte getan werden als nur das, was wirtschaftlich richtig oder machbar ist.

Sie trafen im Bundestag Politiker aller Parteien. Wie liefen die Gespräche?

Die Deutschen, die ich getroffen habe, waren sehr praktisch orientiert. Das mag ich. Deutsche Politiker sagen vergleichsweise offen und ehrlich, was sie anbieten und dann auch liefern können. Zugleich gibt es aber viele Missverständnisse, die zum Teil auch auf russischer Propaganda basieren.

Haben Sie ein Beispiel?

Ich war zu Gast im Auswärtigen Ausschuss und wurde dort unter anderem gefragt, ob die russischsprachige Bevölkerung im Donbass unterdrückt werde. Meine Antwort war: Die Leute versuchen zu Tausenden in von der Ukraine kontrollierte Gebiete zu fliehen – und nicht nach Russland! Die Mehrheit der Soldaten in den Einheiten, die derzeit Charkiw gegen die Russen verteidigen, spricht Russisch. Ich komme aus Charkiw, sagt mir nicht, dass Charkiw zu Russland gehören will... Mitten im Gespräch ertönt plötzlich eine laute Sirene, die Luftalarm-App von Sowsun hat ausgelöst. Routiniert legt sie das Handy beiseite und setzt das Interview fort. Was wurden Sie noch gefragt?

Ein Abgeordneter der Sozialdemokraten fragte mich, wie groß der Spielraum für Verhandlungen mit den Russen sei. Kein einziger Abgeordneter, den ich traf, lehnte die Unterstützung für die Ukraine ab. Aber einige der Politiker stellten Fragen zu einem möglichen Ende des Krieges, bei denen ich spürte, wie sie hofften, eine zufriedenstellende Antwort für ihre Wählerschaft zu bekommen. Diese ständige Gleichsetzung des Aggressors Russland mit der Ukraine ärgert mich auch bei dem Flaggenverbot in Berlin...

"Dieser Unwille Partei zu ergreifen ist wirklich schlecht"

... Anlässlich des Gedenkens an das Ende des Zweiten Weltkrieges hatte die Berliner Polizei am Sonntag und am Montag für mehrere Gedenkkorte das Zeigen von russischen und ukrainischen Fahnen verboten.

Ja, man versuchte, damit irgendwie ausgleichend zu wirken. Doch gerade dieser Unwille Partei zu ergreifen ist wirklich schlecht. Es gibt historische Momente, in denen man sich einfach engagieren muss! Die Tatsache, dass Deutschlands Regierung nicht bereit ist, das zu tun, ist seltsam. Ich verstehe zwar, dass Deutschland in hohem Maße von russischem Gas abhängig ist. Aber ich verstehe nicht, wie man die Situation in so einem historischen Moment einfach ignorieren kann.

Reagiert Ihnen die deutsche Regierung zu langsam?

Ja, sie hat zu langsam reagiert. Ein Teil des Problems in Deutschland besteht darin, dass es keine Tradition gibt, rauszugehen und große Reden über den historischen Moment zu halten. So wie das etwa der britische Premier Boris Johnson tut. Ich habe extra nachgeschaut: Deutschland hat zur etwa gleichen Zeit angefangen, der Ukraine zu helfen und der Umfang ist auch nicht viel weniger als der Großbritanniens. Aber Deutschland macht das ohne große Reden – um ja nicht zu viel Aufmerksamkeit in Russland zu erregen? Ich verstehe das nicht.

"Wir haben die Warnungen aus der ganzen Welt ignoriert"

Inna Sowsun bei einer Rede in der Werchowna Rada im Februar 2021. © imago images/Ukrinform/Volodymyr Tarasov

Ihre Partei, Holos, ist eigentlich in der Opposition. Wie kann ich mir die ukrainische Politik in Zeiten des Krieges vorstellen. Ist die Werchowna Rada zu einem Ein-Parteien-Parlament geworden?

Wir haben nach wie vor Parlamentssitzungen, die sind aber sehr kurz, nur noch ein Tag statt einer Woche. Die Sitzungen werden nicht im Voraus angekündigt, aus Sicherheitsgründen. Politik wird immer noch gemacht, es gibt immer noch politische Grabenkämpfe. Aber im Moment ist es egal, ob wir in der Opposition zur Partei des Präsidenten sind, oder nicht. Denn was wir im Moment brauchen, ist die Lieferung von Waffen an die ukrainische Armee. Die Aufgaben, die wir zu bewältigen haben, sind so offensichtlich, dass sogar eine pro-russische Fraktion zusammen mit allen anderen Parteien abstimmt. Oppositionsarbeit werden wir machen, sobald wir den Krieg gewonnen haben.

An den Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Civey kann jeder teilnehmen. In das Ergebnis fließen jedoch nur die Antworten registrierter und verifizierter Nutzer ein. Diese müssen persönliche Daten wie Alter, Wohnort und Geschlecht angeben. Civey nutzt diese Angaben, um eine Stimme gemäß dem Vorkommen der sozioökonomischen Faktoren in der Gesamtbevölkerung zu gewichten. Umfragen des Unternehmens sind deshalb repräsentativ. Mehr Informationen zur Methode finden Sie hier, mehr zum Datenschutz hier.

Wie hat sich ihr Bild von Präsident Wolodymyr Selenskyj seit dem 24. Februar gewandelt?

Ich respektiere ihn wieder. Ich habe meine Streitpunkte mit ihm genauso wie mit einigen Leuten aus seiner Regierung...

Was ist Ihr größtes Problem mit Wolodymyr Selenskyj?

Wie sage ich das jetzt am besten... Mein größtes Problem ist, dass das Land besser auf diesen Krieg hätte vorbereitet werden können. Wir hatten zu viel Angst und haben die Warnungen aus der ganzen Welt ignoriert. Dennoch gibt es eine Sache, für die ich ihn respektiere: Dass er nie gegangen und die ganze Zeit hier geblieben ist. Und es gibt noch etwas, für das ich ihn schätze: Er hat sehr gute Generäle zur Führung der Armee ernannt, obwohl er Gegenwind dafür bekam. Typischerweise werden die Streitkräfte von Generälen geführt, die seit Jahren nicht mehr bei einem Kampf dabei waren. Wenn man aber in den vergangenen acht Jahren im Krieg

gekämpft hat wie der aktuelle Generalstabschef, dann macht das einen Unterschied. Hätten wir diese Generäle alten Stils, wären wir jetzt in einer ganz anderen Lage.

Zur Person: Inna Sowsun ist stellvertretende Vorsitzende der ukrainischen Oppositionspartei "Holos" ("Stimme"). Die 37-Jährige war von 2014 bis 2016 Vize-Bildungsministerin und sitzt seit 2019 in der Werchowna Rada. Vor ihrer Wahl in das ukrainische Parlament hat Sowsun unter anderem das ukrainische Gesundheitsministerium, die Weltbank sowie Projekte der Europäischen Union und der Weltgesundheitsorganisation beraten. Bereits seit 2011 lehrt sie am Institut für Politikwissenschaft an der Nationalen Universität Kiew-Mohyla-Akademie Kyiv-Mohyla-Akademie und an der Kyiv School of Economics, deren Vize-Präsidentin sie von 2016 bis 2018 war.

.) Nato-Beitritt Finnlands:Nachdenken? Fehlanzeige <https://taz.de/Nato-Beitritt-Finnlands/!5850437/> - Das Drängen Finnlands in die Nato ist angesichts des Ukraine-Krieges verständlich. Nur hat es an einer offenen Debatte über mögliche Risiken gefehlt. *Text unter dem Link.*

.) Hohe Preissteigerungen: Bundestag beschließt Entlastungen / Für

Leistungsbeziehende : <https://taz.de/Hohe-Preissteigerungen/!5854430/> -

Hartz IV-Bezieher sollen einmalig 200 Euro bekommen, arme Familien monatlich 20 Euro. Am Abend sollen noch weitere Erleichterungen auf den Weg gebracht werden. Ehrenamtlich organisiertes Schul-Frühstück. Für arme Familien wurde ein Sofortzuschlag beschlossen.

Der Bundestag hat am Donnerstagnachmittag mehrere Maßnahmen beschlossen, um die gestiegenen Preise insbesondere für Energie abzufedern. Erwachsene Hartz-IV-Bezieher erhalten damit im Juli eine Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro. Auch Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Empfänger von ergänzenden Hilfen zum Lebensunterhalt nach dem Bundesversorgungsgesetz profitieren von dem einmaligen Zuschlag.

Ebenfalls beschlossen wurde ein Sofortzuschlag von 20 Euro im Monat pro Kind für arme Familien. Er zielt auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die Anspruch auf Grundsicherung, Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundesversorgungsgesetz haben.

Auch Familien, die den Kinderzuschlag bekommen, erhalten den Sofortzuschlag. Der Kinderzuschlag unterstützt Eltern, die genug verdienen, um ihren eigenen Bedarf zu decken, aber deren Einkommen nicht oder nur knapp für die gesamte Familie reicht. Am Abend stehen weitere Teile des Entlastungspakets der Ampel-Koalition auf der Tagesordnung des Bundestags. Erwerbstätige, Selbstständige, Gewerbetreibende und Landwirte sollen einmalig 300 Euro als Ausgleich für die gestiegenen Energiekosten bekommen – und zwar ab dem 1. September. Arbeitnehmer erhalten die Pauschale über den Arbeitslohn. Bei den Selbständigen gibt es die Pauschale über eine Kürzung der Einkommensteuer-Vorauszahlungen.

.) Versorgung in Deutschland: Das Gas reicht bis zum Winter, „Trotz russischer Sanktionen gegen deutsche Gazprom-Töchter hält Robert Habeck die Lage für „beherrschbar“ : <https://taz.de/Versorgung-in-Deutschland/!5850407/> -

Erwartet höhere Preise, aber derzeit keinen Versorgungsengpass -

Es waren mal wieder keine guten Nachrichten, die Wirtschaftsminister Robert Habeck am Donnerstag kommentieren musste: Russland hat Sanktionen gegen 31 europäische Tochterunternehmen seines Staatskonzerns Gazprom verhängt.

Darunter sind auch mehrere Töchter des deutschen Unternehmens Gazprom Germania. Doch allzu besorgt wirkte der Grünen-Politiker deswegen nicht. „Die Lage ist beherrschbar“, sagte er.

Denn betroffen von den Sanktionen sind nicht alle Gazprom-Töchter, sondern nur jene, die für Handel und Speicher zuständig sind, nicht aber die Netzbetreiber. Deshalb sind Gaslieferungen aus Russland generell weiter möglich – aber wohl nicht zu den bisherigen Konditionen. Denn die bestehenden Lieferverträge von Gazprom Germania, die langfristig und damit vergleichsweise günstig sind, müssen neu geschlossen werden. Dadurch höhere Preise zu erzielen, dürfte „der Sinn der ganzen Aktion sein“, sagte Habeck. Damit die Unternehmen die Mehrkosten aufbringen können, kündigte Habeck „finanzielle Garantien“ des Staates an. Details dazu bleiben zunächst unklar.

Betroffen von dem Handelsverbot sind aktuell 10 Millionen Kubikmeter Gas pro Tag, berichtete der Präsident der Bundesnetzagentur Klaus Müller. Das entspricht 3 Prozent des deutschen Gasverbrauchs. Diese Menge könne durch Lieferungen aus anderen Ländern ausgeglichen werden. Obwohl auch die Gazprom-Tochter, die den größten deutschen Gasspeicher in Rheden betreibt, unter die neuen Sanktionen fällt, fürchtet Müller keine Probleme beim Füllen der Speicher. Möglicherweise könnten die [staatlichen Vorgaben zum Füllstand der Speicher](#) dadurch sogar leichter

umgesetzt werden.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass insgesamt weiterhin genug Gas nach Deutschland gelangt. Und das ist – neben den Sanktionen – auch direkt durch den Krieg in der Ukraine gefährdet: Weil nach ukrainischen Angaben eine [Verdichterstation in den russisch kontrollierten Gebieten in der Ostukraine nicht mehr sicher betrieben werden kann](#), gingen die Lieferungen von russischem Gas durch die Ukraine nach Deutschland in den letzten Tagen um ein Drittel zurück. Sollte Russland seinerseits die Lieferung von Gas entgegen der Ankündigungen einstellen, wäre die Situation laut Habeck „für den Sommer beherrschbar“. Das sagte der Wirtschaftsminister am Nachmittag nach einem Treffen mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba in Berlin. Die Voraussetzungen, um ohne russisches Gas auch „über den Winter“ zu kommen, seien dagegen noch nicht erfüllt. Auch ein Gasembargo der EU ist demnach weiterhin nicht machbar.

Nicht nur Habeck empfängt Kuleba. Der ukrainische Außenminister wird am Freitag am G7-Außenministertreffen in Schleswig-Holstein teilnehmen und führte zuvor in Berlin Gespräche. Zunächst tourte er durch die Bundestagsfraktionen.

.) »Der Krieg soll verflucht sein« : <https://www.jungewelt.de/artikel/425271.veranstaltung-der-krieg-soll-verflucht-sein>. - **und** <https://www.jungewelt.de/artikel/425271.veranstaltung-der-krieg-soll-verflucht-sein.html> - Einladung zur jW-Veranstaltung für eine kämpferische Friedensbewegung am 13. Mai in Berlin - Um dem medialen Trommelfeuer der bürgerlichen Kriegspropaganda etwas zu entgegnen und ein Zeichen gegen Krieg zu setzen, braucht es eine kämpferische Friedensbewegung. Bei der jW-Veranstaltung am 13. Mai um 18:00 Uhr im Kesselhaus in der Berliner Kulturbrauerei soll es unter dem Motto »Der Krieg soll verflucht sein!« darum gehen, die aktuellen Ereignisse in und rund um die Ukraine im Gesamtzusammenhang zu diskutieren mit dem Ziel, der Friedensbewegung einen kämpferischen Impuls zu geben. Eingeladen wird von junge Welt und Melodie & Rhythmus.

Impulsreferate und Gespräche beleuchten verschiedene Aspekte: So werden die jW-Autoren Reinhard Lauterbach und Arnold Schölzel über linken und bürgerlichen Journalismus in Zeiten des Krieges berichten. Der italienische Publizist Alberto Fazolo spricht über die Friedensbewegung in seinem Land und über faschistische Umtriebe in der Ukraine, Franziska Lindner wird aus Moskau die Rezeption des Krieges im Lande beschreiben, David Cacchione von der italienischen Kultband Banda Bassotti

über die aktuelle Lage im Donbass sprechen, von wo er soeben zurückgekehrt ist. jW-Autor Jörg Kronauer stellt das Geschehen in den Gesamtzusammenhang, bei dem es um den nächsten großen Krieg geht. In einer Podiumsdiskussion werden Lühr Henken (Friedensbewegung), Susann Witt-Stahl (Melodie & Rhythmus), Patrik Köbele (Vorsitzender DKP) und Sedat Kaya (Bundesgeschäftsführung DIDF-Jugend) über den Umgang der Linken mit dem aktuellen Krieg diskutieren, moderiert von jW-Chefredakteur Stefan Huth. Für Musik sorgen Rapper Tenor und der Chor Widerklang.

Die Karten für die Veranstaltung sind limitiert. Wer dabei sein kann, sollte sich schnell ein Ticket (9/14/19) per E-Mail an ladengalerie@jungewelt.de sichern. Wer nicht physisch dabei sein kann, hat die Möglichkeit, die Veranstaltung im Livestream hier mitzuverfolgen. Um diese und weitere Veranstaltungen finanziell zu stemmen, sind Spenden natürlich immer willkommen.

.) Ukraine dreht an der Gaszufuhr : <https://www.heise.de/tp/features/Europa-Gas-Zufuhr-wird-knapper-7089253.html> - Die Ukraine schraubt mit eher fadenscheinigen

Begründungen die Versorgung aus Russland herunter. Auch aus Algerien fließt weniger

Immer wieder wird gerade im besonders vom russischen Gas abhängigen Deutschland darüber spekuliert, was wohl passieren würde, wenn Russland den Gashahn nach Europa abdreht. Eingetreten ist dieses Szenario bisher nicht.

Bis dato ist, trotz der Kriegshandlungen in der Ukraine, das Gas auch zuverlässig über die Sojus-Pipeline in Richtung Westeuropa geflossen. Doch nun fällt insgesamt eine Liefermenge von fast 33 Millionen Kubikmeter Gas pro Tag über diese Pipeline weg. Das soll etwa ein Drittel der täglich über die Ukraine nach Europa transportierbaren Höchstmenge sein.

Zu dem Vorgang wurde zum Teil höchst merkwürdig getitelt: "Russisches Gas für Europa: Kaum Auswirkungen durch Transit-Stopp", war die Überschrift der *Tagesschau*. Diese Überschrift lässt die Interpretation zu, dass Russland für den Transit-Stopp verantwortlich sein könnte.

n-tv titelte: "[Ukraine muss Transit einstellen](#). Durch Luhansk strömt kein russisches Gas mehr." Hier wird eine Tatsachenbehauptung aufgestellt, die nicht überprüfbar ist. Es wird schlicht die Version der Ukraine übernommen, dass das Land ab Mittwoch den Transit von russischem Gas im Gebiet Luhansk im Osten des Landes

wegen angeblich "höherer Gewalt" einstellen müsse. Aufgrund der russischen Besetzung sei es unmöglich geworden, den Punkt Sochraniwka sowie die Verdichterstation Nowopskow zu kontrollieren, hieß es im Artikel.

Zum Glück ist die Darstellung in den großen Medien in diesem Fall nicht überall so geframt. Die *Süddeutsche Zeitung (SZ)* bringt den Vorgang im Titel [auf den Punkt](#): "Kiew dreht den Hahn zu." In der Unterüberschrift stellt die *SZ* heraus, dass es die Ukraine ist, die den "Gastransit durch die wichtige Sojus-Pipeline stoppt, weil sie durch von Russen besetztes Gebiet läuft."

Damit erhält man schon in den ersten Zeilen ein Bild davon, was hinter dem Vorgang steckt. Denn Fakt ist, dass die Ukraine den Gashahn zugedreht hat. Der ukrainische Netzbetreiber GTSOU erklärte in seiner Begründung, dass die "Aktivitäten der Besatzer" zur Unterbrechung des Gastransits durch den Anschlusspunkt Sochraniwka geführt hätten. So wird sogar in der Mitteilung von GTSOU schon angedeutet, dass die "höhere Gewalt" nur vorgeschoben sein dürfte.

.) Die Türkei im Krieg: Erdogans doppeltes Spiel :

<https://www.ardmediathek.de/video/monitor/die-tuerkei-im-krieg-erdogans-doppeltes-spiel/das-erste/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLTljZDU1NDIxLTI2ZTMtNGQ5OS1iNjIzLTJlYzAwM2YyMmU2OA> -

Im Ukrainekrieg spielt die Türkei eine besondere Rolle: Präsident Erdogan gilt in Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine als entscheidender Vermittler. Dafür gibt es Lob, auch von der deutschen Außenministerin. Doch Erdogan spielt ein doppeltes Spiel: Er verweigert sich Sanktionen, will die Geschäftsbeziehungen mit Russland ausbauen und führt Angriffe auf Kurden in Nordsyrien und Nordirak - geduldet von der NATO.

.) zum Völkerrecht in Kriegen : [https://www.icc-](https://www.icc-cpi.int/sites/default/files/itemsDocuments/201209-otp-final-report-iraq-uk-eng.pdf)

[cpi.int/sites/default/files/itemsDocuments/201209-otp-final-report-iraq-uk-eng.pdf](https://www.icc-cpi.int/sites/default/files/itemsDocuments/201209-otp-final-report-iraq-uk-eng.pdf)

- Völkerrechtsdämmerung? Nach westlicher Lesart gilt nur einer der beiden Herren als Kriegsverbrecher, der internationaler Rechtsprechung unterworfen werden muss (Der frühere US-Präsident George W. Bush und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin in Sotschi, April 2008)

Norman Paech schrieb an dieser Stelle zuletzt am 11. Januar 2022 über Insel- und Rohstoffkonflikte in Ostasien.

Man kann darüber streiten, was im Krieg zuerst stirbt, die Wahrheit oder das Völkerrecht. Im Krieg der NATO gegen Jugoslawien im März 1999 waren es beide zugleich. Die Lügen wurden alsbald entdeckt, aber das Völkerrecht blieb ramponiert auf der Strecke. Es wurde nie rehabilitiert. In den folgenden Kriegen von Afghanistan 2001, Irak 2003, Libyen 2011 bis Syrien 2014 konnte es seine Aufgabe, Frieden zu stiften und zu garantieren, nicht erfüllen. Zu tief hatte sich bis dahin die Verachtung für die Normen und die Institution (UNO), die man 1945 selbst ins Leben gerufen hatte, bei den kriegführenden Staaten eingegraben. Seit Jahrzehnten können Völkerrecht und UNO beispielsweise aus dem Konflikt über Land und Menschenwürde in Palästina herausgehalten und die schwersten Rechtsverletzungen ohne strafrechtliche Konsequenzen begangen werden. Das zerstört nicht nur das Rechtsgefühl vor Ort, sondern untergräbt auch allgemein und international die Autorität von Völkerrecht und UNO.

Doch nun scheint der Krieg Russlands gegen die Ukraine das Völkerrecht und seine Institutionen neu zu beleben. Nicht nur NATO und EU werden revitalisiert, sondern auch die internationale Gerichtsbarkeit agiert in einer Geschwindigkeit, die bisher unbekannt war.

Die UNO reagiert

Am schnellsten allerdings reagierte der UN-Sicherheitsrat, der schon drei Tage nach dem Einmarsch der russischen Armee, am 27. Februar 2022 eine Dringlichkeitssitzung der Generalversammlung verlangte. Am 2. März verabschiedete die Generalversammlung dann mit 140 gegen vier Stimmen bei 38 Enthaltungen eine Resolution¹, mit der sie »auf das schärfste die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter Verstoß gegen Artikel 2 Absatz 4 der Charta« missbilligte und »ihr Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer« ausdrückte.

Schon am Vortag hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) »vorläufige Maßnahmen« gegen Russland ergriffen. Er sah in den Angriffen der russischen Armee die nachhaltige Gefahr der Verletzung einer Reihe von Rechten der Zivilbevölkerung wie das Recht auf Leben (Art. 2 Europäische Menschenrechtskonvention, EMRK), Verbot der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (Art. 3 EMRK) und des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens (Art. 8 EMRK). Er verlangte von der russischen Regierung die Einstellung aller Angriffe gegen Zivilisten und zivile Einrichtungen und

besonders geschützte Objekte wie Wohngebäude, Schulen und Krankenhäuser. Aber auch der Internationale Gerichtshof (IGH) hatte in der Zwischenzeit schon entschieden. Am 16. März ordnete er die unverzügliche Einstellung aller militärischen Operationen an. Dies gelte auch für die irregulären Einheiten, Organisationen und Personen, die von Russland geführt oder kontrolliert werden. Normalerweise ist der IGH dafür gar nicht zuständig, da es an der beiderseitigen Zustimmung für ein solches Verfahren fehlt. Aber die Juristen des IGH fanden für die Ukraine einen trickreichen Weg. Russland hat die Völkermordkonvention von 1951 unterschrieben, die vorsieht, dass Streitigkeiten über die Konvention vor den Internationalen Gerichtshof gebracht werden können. Die russische Regierung hatte behauptet, in der Ostukraine geschehe ein Völkermord an der prorussischen Bevölkerung. Sie hatte damit ihren Einmarsch in die Ukraine gerechtfertigt. Die ukrainische Regierung verlangte nun einen Entscheid darüber, dass diese Behauptung falsch sei – formal ein Verfahren über die Völkermordkonvention. Das eröffnete den Rechtsweg. Den Krieg konnte das nicht stoppen. Das wird auch der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) nicht schaffen, der sich ebenfalls mit ungewohnter Geschwindigkeit der Verfolgung der Verantwortlichen dieses Krieges angenommen hat. Schon am 28. Februar hat der Chefankläger Karim Khan eine Untersuchung zur Situation in der Ukraine angekündigt. Hier geht es um die strafrechtliche Verantwortung für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschheit und Völkermord nach dem Römischen Statut des Internationalen Gerichtshofs von 1998. Seit Juli 2018 kann gemäß Artikel 8 nun auch die »Aggression«, d. h. der Angriffskrieg strafrechtlich verfolgt werden. Er war zwar auch schon im Nürnberger Strafkatalog von 1945 enthalten, stieß aber vor allem auf Bedenken Frankreichs, da eine rückwirkende Bestrafung für eine Handlung (Angriffskrieg), die bis dahin nicht strafbar gewesen war, den anerkannten Grundsätzen des Strafrechts widerspricht. Die Abneigung der Staaten, ihre Soldaten im Falle eines Krieges einer internationalen Gerichtsbarkeit auszusetzen, hat mehr als zwanzig Jahre diesen Straftatbestand blockiert, bis er 2018 auf einer internationalen Konferenz in Kampala mit einigen Schlupflöchern versehen aktiviert wurde. Doch ein Strafverfahren kann allenfalls präventive Wirkungen entfalten: als Warnung für die Zeit nach dem Krieg. Für einen unmittelbaren Stopp der Kampfhandlungen und die Einleitung eines Friedensprozesses ist es nicht geeignet. Der UNO-Sicherheitsrat kann in diesem Krieg nicht viel mehr machen, als dem Generalsekretär in seinen Friedensbemühungen den Rücken zu stärken, wie er es am

6. Mai mit einer einstimmigen EntschlieÙung getan hat. Das Veto Russlands hindert ihn daran, mit verbindlichen Mandaten in das Kriegsgeschehen einzugreifen. Ihm steht aber die Möglichkeit offen, auf eine berhmete Resolution aus dem Jahr 1950 zurückzugreifen, mit der seinerzeit im Koreakrieg die Blockierung des Sicherheitsrats durch die Sowjetunion umgangen wurde. Diese sogenannte Uniting for Peace Resolution Nr. 151 erlaubt es dem Sicherheitsrat im Fall seiner Blockierung durch eine der fünf Vetomchte, eine Sondergeneralversammlung einzuberufen. Dort können die Fragen und Probleme verhandelt werden, die dem Sicherheitsrat infolge des Vetos verwehrt sind. Seitdem ist dieser Weg immer wieder, auch von der Sowjetunion selbst beschritten worden. Eine solche Versammlung kann zwar auch nur Empfehlungen aussprechen, dies aber mit der besonderen Autorität der Stimmenmehrheit. Sie kann auf bestimmte Entwicklungen des Kriegsgeschehens umgehend reagieren und konkrete Vorschläge machen. Das Beispiel allerdings, das die 1997 einberufene zehnte Sondergeneralversammlung über »UnrechtmÙige Handlungen Israels im besetzten Ostjerusalem und dem Rest des besetzten Territoriums« gibt, lässt wenig Optimismus zu. Denn eine Möglichkeit, die Empfehlungen und Vorschläge tatsächlich auch umzusetzen, hat die Versammlung nicht.

.) Öl-embargo - eine konom. und kol. Schnapsidee :

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=83590>

.) Neuzugänge für Kriegspakt : <https://www.jungewelt.de/artikel/426502.nato-erweiterung-neuzug%C3%A4nge-f%C3%BCr-kriegspakt.html> -

Hintergrund: Manöver im Norden

»Arctic Challenge« heiÙt die Manverserie, die das NATO-Mitglied Norwegen sowie die Noch-nicht-Mitglieder Finnland und Schweden seit 2013 gemeinsam organisieren. Alle zwei Jahre werden dabei multinationale Luftoperationen in Europas hohem Norden geprobt. »Arctic Challenge 21« etwa hatte drei Standorte in unmittelbarer Nähe zum Polarkreis – zum einen Rovaniemi in Finnland, zum anderen Luleå in Schweden und schlieÙlich noch Bod in Norwegen. Die Entfernung von Rovaniemi zum Haupthafen der russischen Nordflotte bei Murmansk beträgt Luftlinie kaum mehr als 400 Kilometer. Begonnen hat »Arctic Challenge« 2013 mit

nur fünf Staaten: Außer Norwegen, Finnland und Schweden nahmen Großbritannien und die Vereinigten Staaten teil. 2021 waren schon neun Staaten vertreten, darunter die BRD. Die Bundeswehr war in Rovaniemi mit zehn »Eurofightern« und rund 200 Soldaten präsent.

Eine enge Zusammenarbeit mit den Streitkräften Finnlands und Schwedens unterhält die Bundeswehr insbesondere zur See. Die Deutsche Marine organisiert seit 2015 eine »Baltic Commanders Conference«, zu der einmal im Jahr die Marinebefehlshaber sämtlicher Ostseeanrainer zusammenkommen – Russland selbstverständlich ausgenommen. Damit zielt die Deutsche Marine auf eine engere Vernetzung aller westlichen Seestreitkräfte der Region. Diese wird auch praktisch seit Jahren geprobt, etwa im Rahmen der Manöverserie »Northern Coasts«, die seit 2007 jährlich abgehalten wird. Organisiert wird sie abwechselnd von der Bundesrepublik, Dänemark, Finnland und Schweden. Die Bundeswehr stuft sie als »wichtige(n) Bestandteil der streitkräfteübergreifenden Kooperation im Ostseeraum« ein, der speziell »der Verbesserung der strategischen Planung und taktischen Kommunikation der teilnehmenden Nationen« dienen soll. »Northern Coasts 21« fand mit 2.000 Soldaten aus 15 Staaten und 30 Kriegsschiffen vor der Küste Südschwedens statt – vor allem in den Gewässern rings um die schwedischen Inseln Öland und Gotland.

.) Finnlands Nato-Beitrittsplan : <https://taz.de/Finnlands-Nato-Beitrittsplan/!5851982/> - Zeitenwende für Europa,,Der geplante Nato-Beitritt Finnlands ist eine Reaktion auf Russlands Angriff auf Europas Friedensordnung. Deren Grundstein wurde in Helsinki gelegt.

.) Türkei gegen Schweden und Finnland: <https://taz.de/Tuerkei-gegen-Schweden-und-Finnland/!5854551/> -Erdoğan's Nein zu Nato-Beitritten,,Präsident Erdoğan sieht den Beitritt Finnlands und Schwedens zur Nato „nicht positiv“. Ihn stört die Nähe Schwedens zur kurdischen PKK.

„Wir beobachten die Situation sorgfältig. Doch wir sehen einen möglichen Nato-Beitritt der skandinavischen Länder Schweden und Finnland nicht positiv.“ Dieses Statement des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan nach dem Freitagsgebet sendete am Freitagnachmittag leichte Schockwellen durch die Nato-Community in

Brüssel. Denn ein Beitritt der beiden skandinavischen Länder müsste von allen Nato-Mitgliedern ratifiziert werden. Theoretisch hätte die Türkei also die Möglichkeit, den Beitritt der beiden nordischen Länder, der von allen anderen Nato-Mitgliedern begeistert begrüßt wird, zu blockieren.

Als Begründung für seine negative Haltung führt Erdoğan an, dass [insbesondere Schweden geradezu „ein Gästehaus“](#) für geflüchtete Mitglieder der kurdischen Guerilla PKK sei. Erdoğan hat sich immer wieder beschwert, dass der Antiterrorkampf der Türkei von europäischen Ländern zu wenig unterstützt werde. Tatsächlich waren in der Vergangenheit, als Schweden noch für eine liberale Flüchtlingspolitik bekannt war, viele Kurden in den kalten Norden geflohen. Zwar wird die PKK in Deutschland und auch in der EU insgesamt als „Terrororganisation“ geführt, dennoch schöpft die PKK den größten Teil ihrer materiellen Ressourcen aus europäischen Ländern. Seit Jahren liegt die Türkei darüber hinaus mit der Nato-Führungsmacht USA in einem erbitterten Streit wegen deren Zusammenarbeit mit dem [syrischen PKK-Ableger YPG](#).

Erdoğan: Zustimmung zu Griechenlands

Nato-Beitritt damals ein Fehler

Die kurdische YPG-Miliz, die der PKK nahesteht, war in den letzten Jahren quasi die Bodentruppe der USA bei der Bekämpfung des IS in Syrien und im Irak. Zum großen Ärger der Türkei hat die US-Armee die YPG immer wieder mit Waffen und anderem wichtigen Material versorgt, um deren Kampffähigkeit zu unterstützen. Die türkische Armee behauptet regelmäßig, dass diese Waffen später bei Angriffen auf türkische Soldaten benutzt worden seien.

Der Konflikt

eskalierte so weit, dass türkische Truppen bei ihren verschiedenen Vorstößen auf syrisches Gebiet fast mit US-Truppen aneinander geraten wären. Nicht zuletzt dieser Konflikt hatte Erdoğan zu einer engen Zusammenarbeit mit Putin in Syrien getrieben. Doch die Haltung Schwedens und in geringerem Maße auch Finnlands gegenüber der PKK sind nur ein Grund für die Skepsis Erdoğan's gegen die Länder im Norden. Er erinnerte auch daran, dass die Türkei sich schon einmal mit einem neuen Nato-Mitglied schlechte Erfahrungen eingehandelt habe, als man dem [Beitritt Griechenlands](#) zustimmte. Griechenland, so Erdoğan, hätte seine Nato-Mitgliedschaft anschließend gegen die Türkei benutzt. Die türkische Regierung, die dem Beitritt damals zugestimmt hat, hätte einen großen Fehler gemacht. Diese Erfahrung, sagte Erdoğan, wolle man nicht noch einmal machen.

Außerdem ist für

Erdoğan wohl auch eine taktische Überlegung, dass er mit der Kritik an einem möglichen Nato-Beitritt der Skandinavier Pluspunkte bei Putin sammeln könne, ohne

viel dafür tun zu müssen.

Erdoğan könnte

Zugeständnisse für seine Zustimmung fordern

Letztlich

dürfte Erdoğan, der bis zum Angriff Russlands auf die Ukraine in der Nato schon einmal völlig isoliert war, ein Nein zum Beitritt von Finnland und Schweden wohl nicht durchhalten.

Aber er kann dafür an anderer Stelle Zugeständnisse aushandeln und er kann den gesamten Prozess erheblich verzögern, was für Schweden und Finnland sehr unangenehm wäre. Sie hätten dann zwar den Nato-Beitritt beantragt und sich Russland damit zum Feind gemacht, wären aber noch nicht durch den förmlichen [Beistandspakt der Nato](#) geschützt.

.) Wiederbelebung alter Luftschutzbunker: <https://taz.de/Wiederbelebung-alter-Luftschutzbunker/!5846828/> - Decke übern Kopf, „Die deutschen Weltkriegsbunker wurden vor 15 Jahren aufgegeben. Angesichts des Ukrainekrieges könnte das wieder rückgängig gemacht werden.“

Überm Tor zur Vergangenheit prangt ein blaues Dreieck auf einem orangen Kreis: das internationale Symbol für Zivilschutz. Wolfgang Schwabe schließt mit zwei Schlüsseln eine Gittertür auf, hinter der ein paar Stufen ins Dunkle führen. Es ist der Eingang zum Hochbunker in der Bremer Admiralstraße – ein Bauwerk der Nazis, das im Kalten Krieg zu neuen Ehren kam und von dem man sich jetzt fragen kann, ob es vielleicht vorschnell aufgegeben wurde.

Schwabe ist ein älterer Herr in Jeans und trägt eine Umhängetasche mit der Aufschrift „Stattreisen“. Für dieses Unternehmen führt der Rentner Touristen durch die Bremer Unterwelten, zu denen der Hochbunker zwar nicht faktisch, aber umso mehr atmosphärisch gehört. Schwabe ist selbst ein Kind der 1950er Jahre. Der Bunker wurde seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gebraucht, ist seit 15 Jahren außer Betrieb. „Ich bin glücklich, dass ich in dieser Zeit in diesem Land aufgewachsen bin“, sagt der Stadtführer.

Doch seit Russland die Ukraine überfallen hat, ist die Zeit eine andere geworden. Plötzlich dringt durch, dass in russischen Talkshows schon seit ein paar Jahren darüber diskutiert wurde, wie das Baltikum annektiert oder ein Atomkrieg geführt werden könnte, wie [Publizistin Marina Weisband berichtete](#). Erinnerungen an den Kalten Krieg kommen hoch: Atomkriegsfilme, Friedensdemos, Nato-Herbstmanöver.

.) Krieg in der Ukraine: Unreflektierter Pazifismus: <https://taz.de/Krieg-in-der-Ukraine/!5852016/> - Gerne werden mit Blick auf den russischen Angriffskrieg Nazi-Vergleiche

bemüht. Solche Analogien bringen nichts, findet unsere Autorin. Seit Russlands Angriffskrieg in der Ukraine laufen die Feuilletons und sozialen Medien mit historischen Vergleichen über. Auf Ukraine-solidarischen Demonstrationen habe ich schon einige Male Plakate gesehen, auf denen man Russlands Präsidenten als Hitler sah („Stop Putler“). So mit Bart und Scheitelfrisur, Sie wissen schon. Bekannte Historiker haben in großen Medien Abhandlungen darüber geschrieben, warum es Parallelen zwischen den beiden gebe. Auch die taz befragte den Historiker Herfried Münkler dazu. Götz Aly nennt als Beispiele die Vorbereitung und Rechtfertigung des Kriegs.

„Auch Hitler hat ja enorme Truppen aufmarschieren lassen, während gleichzeitig versichert wurde: ‚Der Führer will nichts anderes als den Frieden‘“, sagte er der dpa. Eine Gleichsetzung halten die meisten, und da bin ich ja froh, für nicht zulässig. Putin wirke wie ein gelehriger Schüler Adolf Hitlers, da auch Putin versuche, die von ihm angestrebte Wiederherstellung eines vermeintlichen früheren Großreichs historisch zu untermauern, schrieb Heinrich August Winkler [in der](#) Zeit.

.) Verhandeln, verhandeln, verhandeln! Die Chancen auf ein Ende des Krieges steigen, wenn Russland nicht mehr glaubt, gewinnen zu können. Überlegungen zu Voraussetzungen und Konsequenzen: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163768.ukraine-krieg-verhandeln-verhandeln-verhandeln.html> - Wer die Rede Putins zur Rechtfertigung des Angriffs auf die Ukraine las, bekam den Eindruck, dass er die Ebene rationaler Machtpolitik verlassen hat, also das, was realistische Außenpolitik genannt wird: eine Politik, die eigene Interessen weitgehend ohne moralischen Kompass, aber mit nachvollziehbaren Zielen verfolgt und dabei Vorteile und Risiken halbwegs rational kalkuliert. Eine solche Politik wird von den USA mehr oder weniger offen als die ihre propagiert. Putin zweifelt das Existenzrecht der Ukraine an, verfolgt großrussische Machtfantasien und rechtfertigt den Krieg damit, dass die ukrainische Regierung von Nazis beherrscht sei. Kalkulierbare Interessen Russlands sind in einer solchen Argumentation nicht mehr erkennbar. Aber halbwegs rationale Interessen Russlands gibt es natürlich. Das heißt, es existieren zwei mögliche Ausgangssituationen: Entweder Putin verfolgt eine zynische, aber realistische Außenpolitik oder er hat diese Ebene verlassen und bewegt sich in einer Scheinwelt

von Großmachtphantasien, die sein Handeln irrational und unkalkulierbar machen. Beide Alternativen sollte man für Überlegungen, wie der Krieg zu beenden ist, bedenken – wobei niemand weiß, was im Kopf von Putin vorgeht und ob Widersprüche in der russischen Führung existieren und wie groß sie sind.

Geht man von einer Unkalkulierbarkeit der russischen Politik aus, scheint es folgerichtig zu sein, auf einen Sieg der Ukraine zu setzen und das Land entsprechend hochzurüsten. Dann muss man annehmen, dass die Ukraine den Krieg gewinnen kann. Konsequenterweise ist dann auch, die Ukraine mit schweren Waffen auszurüsten. Nebenbei: Wichtiger ist wohl die Frage, ob man es mit Angriffs- oder Verteidigungswaffen zu tun hat.

Es ist Spekulation, ob die Ukraine den Krieg konventionell gewinnen kann. Die russische Armee scheint einerseits nicht so schlagkräftig zu sein wie angenommen. Andererseits sind die russischen Reserven an Mensch und Material enorm. Angenommen, der Ukraine gelingt es, die russische Armee zurückzudrängen, so ist nicht auszuschließen, dass Putin am Ende kleine oder große Atomwaffen einsetzt. Manche werden sagen, das ist nur Säbelrasseln, so verrückt ist er nicht – aber vor einem Einmarsch in die Ukraine hätten auch nur wenige damit gerechnet, dass Putin das Land wirklich überfallen lässt.

Die Drohung, Atomwaffen einzusetzen, ist ausgesprochen. Selbst wenn nur die Ukraine direkt mit Atomwaffen zerbombt würde, wären große Teile Europas auf lange Sicht radioaktiv verseucht, was natürlich auch Russland betrifft. Die USA wären nicht tangiert. Zynisch könnte man sagen: Sie sind gleich zwei Konkurrenten auf einen Schlag losgeworden. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin erklärte es zum Interesse der USA, Russland massiv zu schwächen. Das passt zur strategischen Ausrichtung nach Asien, in die neue Konkurrenz mit China. Baerbock hat sich der Position von Austin angeschlossen. Nicht bedacht hat sie offenbar ein Szenario, bei dem Atomwaffen eingesetzt werden, was umso wahrscheinlicher wird, je mehr sich der russische Bär in die Ecke gedrängt fühlt.

Die Alternative ist eine Verhandlungslösung. Dagegen wird argumentiert, dass man vergeblich versucht habe, mit Putin zu verhandeln. Wenn er irrational agiert, stoßen diplomatische Interventionen wahrscheinlich an ihre Grenzen. Ein Dilemma, auf das auch der Philosoph Jürgen Habermas hingewiesen hat. Dilemmata werden durch ihre Ausweglosigkeit definiert. Dabei kann man aber nicht stehen bleiben und ist darauf verwiesen, Auswege zu suchen, wie problematisch und unwahrscheinlich sie auch sein mögen. Dann dürfen die europäischen Staaten keinesfalls nur auf eine

Hochrüstung der Ukraine setzen, sondern sie müssen den anderen Ausweg – verhandeln, verhandeln, verhandeln – mindestens parallel versuchen. Die Anstrengungen seitens der Bundesregierung und der EU sind in dieser Hinsicht leider eher bescheiden.

Man müsste schlicht alle Kanäle nutzen, die noch offen oder zu öffnen sind. Jan van Aken hat Waffenlieferungen in »nd.DieWoche« als Politikersatz bezeichnet und vorgeschlagen, die bisher neutralen Staaten China und Indien als Vermittler zu gewinnen. Das wäre eine Alternative. Und auch wenn man die Politik von Gerhard Schröder und ihn persönlich zutiefst abstoßend findet: In der gegenwärtigen Situation ist auch das ein Kanal, der zu nutzen wäre und nicht moralinsauer kommentiert werden darf.

Chancen für Verhandlungen kann es nur geben, wenn Putin oder andere in der russischen Führung erkennen, dass Russland nicht gewinnen kann. Auch wenn man annimmt, dass die Ukraine nicht gewinnen kann, folgt daraus nicht, dass Russland gewinnt. Die jüngere Geschichte zeigt, dass ein militärischer Sieg längst nicht in die Lage versetzt, das Land zu beherrschen und zu befrieden. Also darf die Ukraine die militärische Auseinandersetzung auch nicht verlieren, was die Versorgung mit Defensivwaffen rechtfertigt.

Die alternative Ausgangssituation, Russland verfolgt rationale Interessen im Sinne einer »realistischen Außenpolitik«, wird mehr oder weniger ignoriert und als Putin-Versteherei abgekanzelt. Das ist unklug, wenn das Ziel ist, das Sterben zu beenden, und nicht, Russland für immer zu schwächen. Welche Interessen werden diskutiert? Da ist zunächst das Sicherheitsinteresse Russlands, das durch eine Westintegration der Ukraine tangiert sein könnte, insofern als die atomare Zweitschlagskapazität Russlands auf dem Spiel steht, wenn Mittelstreckenraketen diese ohne ausreichende Vorwarnzeit zerstören könnten. Problematisch ist dieses Argument, weil die baltischen Staaten, allesamt Nato-Mitglieder, ebenfalls an Russland grenzen. Dennoch ist verständlich, dass die Osterweiterung der Nato das russische Sicherheitsempfinden tangiert. Weiter werden wirtschaftliche Interessen Russlands erörtert. Zumindest die Industrieregionen der Ostukraine sind für Russland wirtschaftlich interessant. Der schon ältere Konflikt um die West- oder Ostintegration der Ukraine hat das deutlich gemacht.

Wenn so die Interessen Russlands hinter der Aggression aussehen sollten, sind Verhandlungslösungen deutlich leichter als unter der Voraussetzung, dass es um irrationales Großmachtstreben geht. Man könnte dann vereinbaren, dass die Ukraine mili-

tärisch neutral bleibt und ein wirtschaftlicher Austausch mit beiden Seiten stattfindet. Solche Vorschläge, wird berichtet, seien von Putin zurückgewiesen worden, wobei unklar bleibt, was genau vorgeschlagen wurde und wie die Reaktion exakt war. Das ist das Problem der Berichterstattung im Krieg – die Medien werden schnell Partei; in diesem Krieg in einem Ausmaß, das nur noch erschreckend ist. Umgekehrt hat die Nato, insbesondere ihr Generalsekretär, vor dem Einmarsch bocksbeinig darauf bestanden, dass die Ukraine selbst entscheiden müsse, ob sie der Nato beitrifft oder nicht. Vermutlich ist Bewegung auf beiden Seiten erforderlich. Die Aufrüstung der Ukraine und das Angebot, sie in die EU aufzunehmen, sind unter diesen Bedingungen allerdings geradezu kontraproduktiv, weil sie genau die beschriebenen Befürchtungen Russlands verstärken. Auch unter dieser Bedingung gilt es, alle Kanäle zu nutzen, um zu Verhandlungslösungen zu kommen.

Nicht nur die Übernahme der Krim, auch die Aufteilung Jugoslawiens hat deutlich gemacht, dass es im Völkerrecht ein ungeklärtes Verhältnis zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Integrität des Staates gibt. Deshalb muss mittelfristig die Frage der rechtmäßigen Separation oder Sezession völkerrechtlich gelöst werden. In der Geschichte gibt es viele Beispiele, dass sich bestimmte Territorien von ihrem Staat getrennt haben und einen eigenständigen Staat proklamiert haben. Durchgesetzt hat sich dabei in der Regel das Recht des Stärkeren und nicht die Stärke des Rechts. Das Recht auf Sezession ist völkerrechtlich umstritten, eben weil es keine klaren Vereinbarungen gibt. Das führt entweder zu zivilen Konflikten wie in Katalonien, Quebec oder Schottland. Oder es führt zu brutalen Kriegen und gewalttätigen Auseinandersetzungen wie im ehemaligen Jugoslawien oder in der Türkei. Völkerrechtliche Regeln sind notwendig, mit denen sich das Selbstbestimmungsrecht der Völker oder einer Region umsetzen ließe, ohne durchsichtige Argumente wie die Verletzung der Integrität eines Staates oder umgekehrt die zulässige Selbstbestimmung zu bemühen.

Das führt zwingend zu einem Wort über die nervende Scheinheiligkeit der Diskussion: Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist nicht der erste Krieg, der seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa geführt wird. In den 1990er Jahren hat ein brutaler Krieg in Jugoslawien, eben um die Aufspaltung des Staates in viele kleinere Staaten, getobt. In dem Krieg gab es – nach Schätzungen der Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg – mehr als 200 000 Tote. Jugoslawien lag bekanntlich mitten in Europa. Und die Nato beteiligte sich an diesem Krieg und zwar völkerrechtswidrig, weil sie weder angegriffen wurde noch sich auf ein UN-Mandat stützen konnte, als

sie gegen Serbien intervenierte.

Und Kriegsoffer sind Kriegsoffer – Empathie und Anteilnahme sollten unteilbar sein. Aber wo ist die ausführliche Berichterstattung über die Toten und Verletzten der vielen Irak-Kriege, wo die Solidarität mit den Jemeniten oder Sudanesen? Wo wird immer wieder betont, dass der Angriff der USA auf den Irak, Grenada, Panama usw. usw. völkerrechtswidrig war? Baerbock irrt gewaltig, wenn sie meint, »der Westen«, das seien die Staaten, die sich an das Völkerrecht gebunden fühlen. Nicht nur Russland und China haben den Vertrag über den Internationalen Strafgerichtshof nicht ratifiziert; das Gleiche gilt für die USA. Wo ist der Ruf nach Waffenlieferungen an die Kurden in Syrien, die von Erdogan – gleichsam im Schatten des Ukraine-Krieges – bombardiert werden?

Habermas meint unterschiedliche Mentalitäten der älteren und jüngeren Generation in Deutschland mit Blick auf den Krieg erkennen zu können. Es könnte auch sein, dass in Teilen der Diskussion ein gleichsam phylogenetischer Russlandhass durchbricht, der Grundlage der Kontinuität zwischen der Nazi-Diktatur und der Adenauer-Ära war und in den maoistischen Verirrungen an den Wurzeln der Grünen durchbrach. Hilfreich sind solche Reflexe in der gegenwärtigen Situation nicht. Die jüngere Generation hatte inzwischen – ähnlich wie die ältere mit Blick auf Frankreich – ein Interesse an der russischen Kultur, Geschichte usw. entwickelt. Daran sollte man anknüpfen.